

Bezugspreis:

Wöchentlich 30 Pf., monatlich 1,00 M., vierteljährlich 3,00 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 12,00 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgeleitete Komplexionelle ... Die abgeleitete Komplexionelle ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 5. ...

Freitag, den 20. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 5. ...

Neutralitätspraxis.

Beratung der Organisationen.

Anlässlich des bereits bekannten Falles auf dem Stettiner Bahnhof (Aufhaltung eines Transportes für die Sicherheitspolizei Königsberg) ...

Wenn eine Korrespondenz es so hinsichtlich, als sei bereits ein endgültiger Beschluß gefaßt worden, so ist diese Mitteilung unrichtig. ...

Der Königsberger Transport.

Der Königsberger Polizeipräsident, Gen. Lühbring, sandte an die Berliner Eisenbahner folgendes Telegramm: ...

„Hiermit versichere ich, daß die vom Stettiner Bahnhof zum Abtransport bestimmten Ausstattungsgegenstände für die Sipo ...

Die Wichtigkeit vorstehender Angaben bestätige ich hiermit. ...

In der weiteren Verhandlung am Donnerstag nachmittag erklärten die Vertreter der Eisenbahner, daß sie gegen die Abführung von Ausstattungsgegenständen, wie Uniformen, Wäsche usw. ...

Zwei Delegierte reisen nach Königsberg zur Feststellung des Sachverhalts.

Brüssel, 18. August. (WZ.) Die „Peuple“ mitteilt, hat die Sozialistische gewerkschaftliche Kommission beschlossen, daß der Transport von Kriegsmaterial für ein Land, das sich im Kriegszustand befindet, jedem eingeschriebenen Mitglied verboten ist.

Polnische Korridorfolge.

Allenstein, 18. August. (WZ.) Dem „Allenstein'schen Volksblatt“ geht aus Reidenburg vom Donnerstagsvormittag eine Nachricht zu, wonach sich die Einnahme von Gjesanow durch die Polen bestätigt. ...

Der polnische Meerdesbericht

vom 18. August sagt u. a.: Nördlich von Rostin nahmen wir 1000 Gefangene und 30 Maschinengewehre und Geschütze. ...

Königsberg, 19. August. (WZ.) Im Vorgehen des bolschewistischen Nordflügels gegen die Weichsel scheint infolge der Rückwirkung der Lage bei Warschau ein Stillstand einzutreten. ...

Die „Dona“ meldet:

Alle Grenzstädte sind überfüllt. Das Städtchen Birnbaum, das sonst 5000 Einwohner hatte, beherbergt jetzt 15 000 Flüchtlinge. ...

Russischer Bericht.

Moskau, 19. August. (Hunkspruch.) Unsere Truppen erzwangen den Übergang über die Weichsel und besetzten Wlozlawet. ...

Polen schwilt der Kamm!

Kopenhagen, 19. August. (WZ.) Die aus London gemeldet wird, ist die drahtlose Verbindung zwischen Warschau und Berlin unterbrochen, so daß man ohne Nachricht über die Ministerverhandlungen ist. ...

Italiener in Kattowitz.

Italienisches Militär ist in Kattowitz eingetroffen und ein Teil der Franzosen nach Myslowitz abgerückt. ...

Die schwere Beschuldigung, ostjüdische Deserteure den Polen überliefert zu haben, wird unter Angabe genauer Einzelheiten gegen die Kattowitzer Sicherheitspolizei wiederholt. ...

Die Kattowitzer Untaten.

Breslau, 19. Aug. Nach einer Meldung der „Schles. Ztg.“ (Dnat. Ned.) aus Kattowitz befand sich unter der verhafteten polnischen Besatzung des „Deutschen Hauses“ auch ein Gehilfe Korzantys und ein polnischer Student namens Koj. ...

Ruhe in Kattowitz!

Reichen, 19. August. (WZ.) Kattowitz war nachmittags ruhig, die Spannung hält an, der Theaterplatz ist durch französische Kavallerie und Infanterie mit einem Panzerauto besetzt. ...

Kod oder Stod?

Der „Vorwärts“ hat sich vor einigen Tagen mit den selbstamen Gedankenengängen beschäftigen müssen, die der Genosse Heinrich Pous aus Dessau auf der Tagung der Hausbesitzervereine entwickelt hat ...

Die Klassen, die hier den Ausführungen Pous' angefligt wurden, empfindet er als eine Kränkung und erfucht uns, seine wirklichen Gedankenengänge auch den Lesern des „Vorwärts“ zu unterbreiten. ...

Auf den Tagungen des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Köln 1918 und in Weimar 1919 habe ich die Forderung gestellt, daß durch die Reichsgeleugung für jeden Staatsbürger — nicht nur jeden Arbeiter — die Pflicht statuiert werde, daß für seine Wohnung erforderliche Kapital anzulammen. ...

Um gleich eins zu erledigen: Nachdem ich die Tagung in Magdeburg verlassen, hat Justizrat Baumert seine Genugtuung darüber ausgesprochen, daß ich als Sozialdemokrat für das Privateigentum am Hause eingetreten sei. ...

Noch nun zum Kernpunkt. Ich ging bei meiner Idee von zwei Erfahrungen aus. Erstens vom Konsumverein. Da entziehen sich die organisierten Konsumenten der Veranlassung fremden Kapitals, das in Läden und Warenhäusern steckt, dadurch, daß sie selber das erforderliche Kapital ansammeln. ...

Man kann vielleicht einwenden wollen, was ich wolle, und es werde bald einen viel kürzeren Weg geben, das Ziel der ausbeutungsfreien und guten Wohnungsverordnung zu erreichen. ...

So mir den besseren Weg angeben. Bis dahin bleibe ich dabei, daß ich's für das Richtige halte, von jedem erwerbenden Staatsbürger die Ankaufsumme seines Wohnungswertes wenigstens bis zu einem bestimmten Minimum gezeigtermaßen zu fordern.

So lange aber die Gesetzgebung nicht in diesem Sinne vorgeht, ist jede Art freier Organisation für die Anspargung des Wohnungswertes für die, die sich daran beteiligen, eine große Wohlthat. Man braucht nur auszurechnen, was ein Mensch, der all sein Leben lang zur Miete wohnt, für seine Wohnung ausgibt, und es zu vergleichen mit dem, was der ausgeben muß, der sich von einer Genossenschaft zur Anspargung seines Wohnungswertes zwingen läßt, so wird man finden, daß der erstere sehr viel teurer wohnt. Wer nämlich nicht für sich spart, weil er angeblich nicht kann, muß auch sparen, rettungslos, aber nicht in seine Tasche, sondern bei jeder Mietzahlung in die Tasche des Hausbesizers. Man zeige mir mal, wie einer, der nicht im Wohl für Obdachlose wohnen will, um dies letztere Sparen herumkommen will. Ich ziehe es vor, den Leuten den Rat zu geben, für sich zu sparen. Auch die 30 000 Mark, die dafür erforderlich wären, stören mich nicht. Es handelt sich immer, wie auch die Preise sich gestalten mögen, im Durchschnitt um den drei- bis vierfachen Jahreslohn. Wer den nicht ansammelt, nicht für sich, muß ihn erst recht ansammeln, aber dann für den Hauskapitalisten. Die Dummheit bleibt dabei, für den Hauskapitalisten bis hin zum Grundstückspekulanten zu sparen, die Klugen befolgen meinen Rat. Und noch klüger ist der Staat, der gut, das ich will.

Es ist in der Partei hinlänglich bekannt, daß Genosse Beus sich oft auf Wege begibt, die nicht viel begangen werden und daß er mit einer gewissen Hartnäckigkeit seinen Irrweg für den rechten auszugeben pflegt. Es ist weiter bekannt, daß er es liebt, ganz trasse Gegensätze aufzustellen und von diesen selbst geschaffenen Standpunkt seine sonderbaren Forderungen zu verrichten. So ein seltsames Gedankenspiel ist sein Vergleich der menschlichen Wohnung mit einem „erweiterten Rod“. Er hat schon bei den Hausbesitzern davon gesprochen und kommt auch in seinen Darlegungen darauf zurück. Aber so sehr sich Beus auch in diesen Gedanken verliert hat, so sehr hinkt der Vergleich auf beiden Hüften. Denn einmal will Beus selbst keine „sozialistische Kammer“, wo man seinen Rod abgibt oder — was er nicht sagt — ihn beziehen kann. Dann aber will er ja für den privaten Rod auch keine Reichssparkasse für Rode. Wohl aber verlangt er die Klasse für den „erweiterten Rod“ — und behauptet doch gar nicht, daß ein Rod transportable ist, die Wohnung jedoch nicht. Es sei denn, daß man als „privatigentümliches Haus, einen Reizewohnwagen wie die Markt- und Mehreigenen anjähre. Und den will Beus sicher nicht propagieren, wenn er bei den Haus- und Grundbesitzern seine Vorträge hält.

Denn im Ernst gesprochen kann ein Sozialist doch unmöglich das Haus und die Wohnung als etwas „Privatigentümliches“ ansehen, das außerhalb jedes gesellschaftlichen Eingriffs steht und nur „erpart“ werden braucht. Die Wohnungsfrage ist in der kapitalistischen Gesellschaft etwas ganz anderes, als in einer sozialistischen. Sie ist auch etwas ganz anderes für den lebhaften Bürger und für den durch die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftsweise hin- und hergeworfenen Arbeiter. Das Ideal, daß jeder sein eigenes Häuslein habe, bleibt ein Ideal, das durch das Anwachsen der Industrie mit ihren Nebenbetrieben immer aufs neue gefährdet wird.

Aber nur für dieses Ideal, das die Sehnsucht auch der armen Proletarier umschließt, würden sich die breiten Schichten der Arbeiterschaft schließlich das Opfer des mehr oder weniger zwangswisehen Sparens anerkennen. Aber ohne es würde die Zwangssparkasse für den erweiterten Rod nur den Stod darstellen, mit dem die arbeitende Bevölkerung gequält wird, während diejenigen, die vorzüglich in der Wahl der Eltern oder Kruppellos im Verdienen waren, ja die ganze Sparkasse nicht brandten. Praktisch würde die Spartei auf eine neue, in ihren Ausmaßen unbekannte Seite

hin auslaufen, ohne daß vorher das Recht der Gesamtheit an Grund und Boden festgelegt wäre. Im Gegensatz zu Beus sind wir immer noch der Meinung, die in den Kommunalprogrammen der Partei niedergelegt ist, daß die Beschaffung von Wohnungen Sache der Allgemeinheit sei. Das Wohnen gehört nun einmal zu den Notwendigkeiten für die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, somit also auch zu den „gesellschaftlichen Produktionsmitteln“ im weitesten Sinne. Die Wohnungsnot zu beheben ist daher von allen Sozialisten zu allen Zeiten als eine Pflicht der Allgemeinheit angesehen worden. Die Sparkasse mit staatlichem Zwang für diesen Zweck ist allerdings eine Erfindung des Genossen Beus, um die wir ihn nicht beneiden.

Noch weniger beneiden wir ihn um die Hornlosigkeit, mit der er in der Jahresversammlung der Haus- und Grundbesitzerkapitalisten seine angeblich antikapitalistischen Ansichten vom „erweiterten Rod“ vorgetragen hat. Er sollte wissen, daß sich gerade in dieser Vereinigung seit Jahren der verbohrteste Hohn gegen alle sozialistischen Gedankengänge breit macht. Wenn sie ihn trotzdem einlad, ihr seinen Vortrag zu halten, so sicher aus dem Grunde, weil sie in der Sporttheorie vom erweiterten Rod etwas ganz anderes sah, als Sozialismus, nämlich den Stod, um die unbotmäßigen proletarischen Wohner vor den Karren der Hauskapitalisten zu spannen. Da Beus das nicht einsieht, ist es unsere Pflicht, das öffentlich auszusprechen. Wobei wir vom Beschmad nicht einmal reden wollen.

Kappistensieg im Reichswehrministerium.

Das Ende des Untersuchungsausschusses.

Man schreibt uns: Die reaktionäre Annahme, mit der in diesen Tagen der Chef des Personalamtes im Reichswehrministerium, General v. Braun, den Märzprüfungsausschuss für Offiziere über den Haufen warf, wird nur noch übertroffen von der unsäglichen Ohnmacht, in der ein politischer Reichswehrminister zu diesem offenen Kappistenstreich die Hand bot. Daß Dr. Gehler nicht die Kraft fand, in trassen Fällen die Entscheidungen des Ausschusses auf Beurlaubung und Dienstenthebung kappistischer Offiziere zu vollstrecken, erscheint beinahe bedeutungslos angesichts der ungeheuerlichen Verantwortungslosigkeit, mit der er es bedr, daß zielbewusste Offizierswillkür den von der Volkvertretung eingezogenen Ausschuss zur Farce und seine reiche Mißverwaltung im Interesse einer zuverlässigen verfassungstreuen Truppe zur belanglosen Schreibarbeit macht.

Schon am Tage nach der Annahme der Amnestie im Reichstag war es lediglich der energischen Haltung des Staatssekretärs Genossen Stod zu danken, daß der Ausschuss infolge der sofort einsetzenden Ministerarbeit der Offiziere nicht schon damals aufhört. Am 11. August aber führten die infolge Abwesenheit des Staatssekretärs ungehemmten Treibereien der Offiziere zu einem Kabinettsbeschluss, der die sofortige Aufhebung des Ausschusses als „im Geiste der Amnestie eingeschlossen“ bezeichnet. Es brauchte nur noch den militärischen Auflösungsbeehl des Generals v. Braun an den zum Stellvertreter des Staatssekretärs bestellten Oberstenleutnant von Budde und der Triumph der schamlosen Kappisten war fertig. Der Zivilreferent des Ausschusses Genosse Scherer legte gegen dieses Vorgehen folgenden bis heute noch unbeantworteten Protest ein:

An den stellvertretenden Vorsitzenden des Märzprüfungsausschusses für Offiziere
Herrn Oberstenleutnant Budde im Reichswehrministerium
Die Arbeiten des Ausschusses wurden heute von Ihnen auf eine in Anlehnung an den Kabinettsbeschluss vom 11. August durch den General v. Braun an Sie ergangene Weisung hin für erledigt erklärt und der Ausschuss aufgelöst. Die noch unerledigten Akten wurden dem Personalamt überwiesen. An der Tätigkeit des Ausschusses waren Politiker und Militärs parti-

zipal beteiligt. Die Auflösung erfolgte durch Sie auf militärischen Befehl, dem Sie zu entsprechen hatten, ohne daß meine an die Auflösung des abwesenden Herrn Staatssekretärs anschließende anderweitige Stellungnahme als Politiker zur Geltung kam. Den im Ausschuss tätigen Politikern ist durch die erfolgte Art der Auflösung mangels jeglicher Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichsministers zu dem Kabinettsbeschluss jede Möglichkeit genommen, an der Erledigung der noch schwebenden Fälle Anteil zu nehmen. Ebenso ist keinerlei Garantie geschaffen, daß bei rückwirkender Anwendung der Amnestie auf die militärischen Entscheidungen in den bereits behandelten Fällen das Staatsinteresse gebührend gewahrt wird. Dies steht zu den Prinzipien, nach denen der Ausschuss eingesetzt wurde, in Widerspruch. Ich erhebe gegen diese Art der Erledigung der Arbeiten des Ausschusses scharfsten Protest und behalte mir jede mir geeignet erscheinende Stellungnahme vor. Die beigefügten Abschriften bitte ich Sie an den Herrn Reichswehrminister, den Herrn Staatssekretär Stod und an das Personalamt weiterzuleiten.
gez. Scherer.

Welche Erfolge eine Fortsetzung der Säuberungsaktion des Ausschusses durch das Personalamt zeitigen wird, wird allein schon daraus ersichtlich, daß in dieses Personalamt zwei wegen ihres Eintretens für Kapp in Wilhelmshaven durch den Ausschuss beurlaubte Offiziere nach ihrer Beurlaubung eigens hereingenommen wurden und daß dieses selbe Personalamt andere Offiziere, gegen die der Ausschuss auf Dienstenthebung erkannt hatte, in verantwortliche Stellen der Truppe plazierte. Im übrigen ist sein Chef der störrische General v. Braun. Auch der Einwand, die Auflösung des Ausschusses diene der endlichen Wiederkehr von Ruhe und Vertrauen in der Truppe, vermag nur bei ganz Naiven zu doch bekannt, daß die Offiziere, die infolge einer Reihe günstiger Umstände sich herauszuwindeln imstande waren, den Spieß umzudrehen und gegen ihre Ankläger aus der Truppe eine großangelegte Vergeltungsaktion einzuleiten beabsichtigen. Die wahre Absicht der Reaktionäre ist jenenklar: durch die Niederdrückung der noch schwebenden Fälle soll allen denjenigen Kappisten, die nicht das Glück hatten, zu spät vor den Ausschuss zu kommen und bereits ihre Verurteilung weg haben, die Möglichkeit der Rehabilitierung durch Rückkehr in die Truppe verschafft werden. Außerdem wollte man die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses, längst im Reichswehrministerium wie die Best gemieden und beipflichtet, endlich los werden. Auch der Taktik des Genossen Krüger (Neckenburg) im Ausschuss für Unteroffiziere und Mannschaften wird man bald ein Ende zu bereiten wissen. Doch der Sieg der Kappisten im Reichswehrministerium ein vollständiger wird, ist bei Dr. Gehler's grandiofer Energie über jeden Zweifel erhaben.

Amnestie bei Scherl.

Auf sein Reich ausgedehnt hat das Amnestiegesetz der Verlog August Scherl. Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches bezieht sich der „Lokal Anzeiger“ mitzuteilen, daß der Chefchef der Kapp-Regierung, Herr Scherl, sich nicht mehr in seinen Diensten fände. Wie wir erfahren, ist Herr Scherl aber jetzt wieder als Redakteur am „L. A.“ tätig. Wo alles liegt, kann Scherl allein nicht hoffen!

Die Ernährung der Bergleute.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes legte sich Donnerstagabend nach Essen (Ruhr) um sich an Ort und Stelle über die Durchführung der zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet getroffenen Maßnahmen zu orientieren und weitere Verhandlungen zu führen über die Frage, welche Maßnahmen noch außerdem ergriffen werden müssen, um die Lebenshaltung der Bergarbeiter so zu heben, daß sie die zur Durchführung des Spa-Abkommens notwendige Mehrleistung zu vollbringen imstande sind.

Die Weisheit der Freude.

Karl Ludwig Scheler hat unter diesem Titel eine Fülle von Aphorismen verfasst (Verlag Ernst Kosschik, Berlin). Sie sind aus Lebensfreude geboren und zeigen wieder Lebensfreude. Und wo sie zum Widerspruch herausfordern, regen sie jedenfalls an. Hier sind einige davon:

Es wäre eine mystische Sache um die Telegraphie ohne Draht, wenn nicht jede Übertragung geistlicher Einblicke eigentümlich daselbst wäre. Ich sehe ein Kind lachen — und mein Herzdruck steigt messbar; ich lese eine Todesanzeige — und meine Pulse sinken. Das ist das Mysterium des nervus sympathicus: Millionen kleinster empfindlicher Fingerringe aller Bekalt-Wellen, eingestellt gewiss auf alle A-, G- und B-Strahlen von Mensch zu Mensch, von Mikroelektronen zu Belebten.

Das Gefühl der Freude entsteht aus einer plötzlichen Befähigung des Lebens. Zudem wie lachen, jauchzen wir dem Weltall tausend „Ja!“ entgegen. Unsere Freuden sind unsere erhaltungsgemähesten Ereignisse. Unser Lebenslied konsoniert zum Weltchor, jede Dissonanz zu ihm ist Unlust.

Der Sinn des Lebens wäre ein Nullum, wenn er nicht auf Freude gestellt wäre. Alle Unlust, alle Traurigkeit ist ein schmerzliches Verlangen nach Lust. Diese ist der produktive Gedanke der Schöpfung, jene nur seine Negation. Der Bestimmte ist ein anmaßender Kritiker des höchsten Kunstwerkes, des Lebens.

Rust ist die Beschreibung der Welt ohne Worte und Begriffe. Sie ist eine Philosophie der Gefühle.

Der Traum ist ein Zauberer der Verjüngung. Unter seinem Jellbach sehen wir uns alle jung. Er läßt alles wieder sein, wie einst. Da leben, die wir liebten und die uns genommen, und sitzen unter der alten Feinmaldecke.

Im Schatten des Schlafes reifen die Pläne, spinnst das Gedächtnis seine Netze, heilen die Leiden, mochen die Gedanken. Gärtner, Schmied und Arzt ist der Schlaf. Er zieht die Schnurlichtschirme, er schmeidet den Panzer gegen Gefahr, er braut die Täfte, die uns heilen.

Der Frau eine geistige Minderwertigkeit gegenüber dem Manne zuzusprechen, bedeutet eine Überschätzung des Intellektuellen. Instinktive Fähigkeiten können wertvoller sein, als Urteile. Ahnung ist oft mehr als Beweis. Der Mann analysiert den Menschen, die Frau wittert ihn.

Das Gewisse kann nicht anders, als fleißig sein, es muß sich betätigen, wie das Feuer brennen, das Wasser fließen muß.

Gesundheit heißt: seinen eigenen Rhythmus dem des Weltganges eingefügt zu empfinden.

Wer krank wird, ist in der Symphonie des Lebens aus dem Takt gekommen.

Die meisten Menschen, die früh alt werden, sind es immer gewesen.

Es gibt greisenhafte Kinder, wie es Kinderseelen bei alten Leuten gibt.

Jugendlichkeit ist nicht an Zeit gekettet, sie ist — Sache des Herzens — an Eindringlichkeit gebunden!

Die höchste Weltanschauung ist die des Humors; kein Menschengeist wird über ihn hinauskommen. Alle Genies haben Humor.

Romische Oper: „Liebe im Schnee“, Operette von Ralph Bernhardt. Die Saison ist eröffnet. Liebe im Schnee — wie verheißungsvoll das klingt! Wie eine Vorahnung des Winters im Sommer, wie ein Kontrast von Blut und Eis! Das nun übertragen auf Hüft und Gault — ein alles, ein ewig neues Problem. Vernaght und Vraget denken kaum an Probleme in dieser recht abgestandenen und kann auf Eis konservierten Liebesgeschichte und die Letzte der Kompletta, die Wige und Kallauer sind abgemacht und abgestanden. Diese freizeitschichtige, menschlich immer sympathische Prinzessin ist uns aus alten Tagen der Hofluft, der tollen Komtesse, der Komte Friedel und wie die Duodes-Stückchen alle heißen, bekannt. Diesmal ist der Liebhaber kein verkleideter Prinz oder Herricht, sondern ein richtiger Tenor, der Schwarm aller Badische, der Inbegriff der jungen Verliebtheit. Und spielt und singt im 2. Akt wie verland der Prologos aus dem „Wajazz“. Nein, wirklich kein Problem.

Die Musik Vernaght will und weht kein Erkennen. Er mühte nicht aus Wien sein, um nicht vom Dreiviertelakt durchglüht, verhezt zu sein. Gott sei Dank hat uns das Leben einen Balzer gegeben — das ist die Devise. Dieser flotte Tanz, das harmlose Schneemannlied, der Kitzsalzer, das Trottel-Quartett, das Gassenhauer-da-ospo-Terzett — wer zählt die Häupter aller Lieben? Es ist Lustigkeit und Freude, Witz und Redheit in dieser gelenk, sein und ausdrucksreich geschriebenen Partitur. Aber ein Körnchen Bilanterie, selbstverständlicher Wibel, ein Schuß Koffe und Johannes Strauß fehlt ihr doch. Das erste der doppelte Tenor Karl Grünwald durch persönliche Schmeid und Tanzeuer, die „Erlaucht“ Else Müller durch lindlich-laudubenhafte Grazie und Schelmerei (auch in ihrer Indisponiertheit). Maji Deform temperiert ihre Rolle noch um ein gut Teil, und Alfred Lüntner, der fäht, holt aus der althadenen Fortelei des Serenifimus alle möglichen Pointen heraus. Dem Ganzen war der Direktor Charlo ein bestellgender Spielleiter, Artur Guttman ein Wienerischer Kapellmeister.

Ein Meffertum von 30 Stodwerken. Die gewaltige Entwicklung der Leipziger Messe bringt es mit sich, daß in jedem Jahr im Leipziger Stadtinneren neue Verkaufshäuser entstehen. Aus vielfachen Gründen erscheint es wirtschaftlich vorteilhaft, neben den bisherigen Hochbauten für Geschäfts- und Messzwecke auf einem geeigneten Platz den Boden in einer mehrfachen Weise auszunutzen, was nur

durch einen vielseitigsten Hochbau möglich ist. Aus diesen Erwägungen heraus hat Dipl.-Ing. Palmovici-Leipzig, von dem Gedanken geleitet, das Spekulative zu meiden, das Realistische zu wahren und das Technische sachlich zu behandeln, einen Vorentwurf für einen 30 stöckigen Messeturm dem Rat der Stadt vorgebracht. In den Vereinigten Staaten gibt es Geschäftshäuser mit 40, 50 und mehr Stodwerken. Bei uns zählt ein Haus mit 8 bis 10 Stodwerken schon zu den Seltenheiten. Für die hohe Kadachung amerikanischer Häuser dürfte bei uns keine Veranlassung vorliegen, allein die Raumnot und die ungeahnte Ausdehnung, die das Messeturm genommen hat, zwingen trotz der Knappheit an Baustoffen zur Errichtung eines vielstöckigen Messeturms, an Stelle der weit auseinanderliegenden und nur zum Teilbehell errichteten Hallen. Auch erweitern sich die Kosten für sechs Messetürme von gleicher Ausdehnungsfähigkeit wie die des Turmbaus mindestens ebenso hoch wie für den Turmbau, wobei aber der Boden mindestens jedesmal mehr als beim Turmbau in Anspruch genommen werden muß. Für die Ausführungsmöglichkeit von dreißig stöckigen aufeinandergefügten Geschossen bietet der heutige Stand deutscher Baukunst sowie die Leistungsfähigkeit deutscher Arbeit volle Gewähr.

Ein langer Flug nach Australien. Der erste Pilot, der den ganzen Weg von London bis nach Australien im Flugzeug zurückgelegt hat, Leutnant Peter, ist jetzt glücklich an dem Endziel seiner Reise angelangt. Wenn das Sprichwort „Ende gut, alles gut“ wahr ist, dann war seine Reise glücklich, aber sie hat recht lange gedauert. Er hat nämlich gegen sieben Monate gebraucht, eine Menge von Abenteueren bestanden und große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Am 8. Januar flog er von Dornahaus aus. Unter seinen Erlebnissen seien der Brand seines Flugzeuges in einer Höhe von 3000 Fuß, eine Panne gerade über dem Krater des Rejus, in den er beinahe gefallen wäre, und eine Unzahl von Notlandungen erwähnt. Immer wieder mußte er Aufenthalt nehmen, um die Maschine reparieren zu lassen. Aber mit jeder Hartnäckigkeit hielt er an seinem Entschluß fest und hat ihn auch glücklich durchgeführt, wenngleich freilich in einer Zeit, die er sich nicht hatte träumen lassen.

Scholem Alechem ist in Deutschland während des Weltkrieges, als der Kurs nach Osten zeigte, mit manchen anderen ohnehin Dichtern „entdeckt“ worden. An der Tat verbiete er es, denn er hat als echter Humorist nicht nur die kleinen und großen Schwächen des Weltallolles mit lächelndem Auge gesehen und ihre korrupten Seiten geistlichschilbert, sondern über Leid und Freud der Armen das Licht einer verlebenden Güte gestreut. Wir bieten den Lesern eine seiner willigen kleinen Gedichten aus dem jiddischen Alltagsleben. Die Uebersetzung aus dem Jiddischen ist von Stefania Goldring.

Theater. Am Theater am Rollendorplatz wird am Sonntag, den 22. nachmittags, nicht wie irrlich angezeigt, „Der Turbaron“, sondern „Drei alte Schachteln“ gespielt.

Das Kunstgewerbemuseum ist, da der Umzug der Sammlungen aus der Prinz-Albrecht-Straße nach dem früheren königlichen Schloß am Lustgarten mitten im Gange ist, bis auf weiteres geschlossen.

Dietrich Adlers Bruder gestorben. In Wien starb, gleichfalls an einer Herzkrankheit, der Universitätsprofessor Siegmund Adler, der Bruder unseres untergehenden Vorkämpfers. Er war ein Schüler Schollers und Knappes und als deutscher und österreichischer Rechtshistoriker von hohem Rang. Politisch hat er sich aktiv nie betätigt, mit seinem Bruder war er eng verknüpft.

Groß-Berlin

Die Befolgung der Magistratsmitglieder.

Die logische Interpretation der umstrittenen Paragraphen.

Die Frage, ob die neue Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlin das Recht hat, den zukünftigen Magistrat bloß aus besoldeten Mitgliedern zusammenzusetzen, wird von Juristen und auch von Laien umstritten. Die Gegner des bloß besoldeten Elements im Magistrat betonen, daß für die Zusammenziehung des Berliner Magistrats die Vorschrift von § 29 der Städteordnung Geltung habe, wonach der Magistrat aus besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern bestehen müsse. Sie glauben zu dieser Auffassung um so mehr berechtigt zu sein, weil das Gesetz Groß-Berlin keine Rechtsnorm enthält, durch welche die zwingende Vorschrift von § 29 der Städteordnung in diesem Sinne ungewandelt wurde.

Zu dem Gegnern des bloß besoldeten Elements im Magistrat ist nunmehr auch der Minister des Innern getreten, der, wie wir vor einigen Tagen berichteten, betont, daß auf Grund der §§ 11, 12 und 23 Abs. 6 des Gesetzes ungewissheit zu folgern sei, daß nicht sämtliche Mitglieder der Stadt Berlin nur besoldet sein dürfen. Der Minister des Innern verfällt in den gleichen Fehler wie die Gegner der Mehrheit des Ver. Ausschusses, der ja bekanntlich die Wahl von nur besoldeten Mitgliedern bereits beschlossen hat.

Es war gewiß ein großer Fehler des Gesetzgebers, daß er im Gesetz Groß-Berlin seinen Willen nicht klar und deutlich zum Ausdruck brachte. Aber weder den bürgerlichen Widersachern des Beschlusses des Ver. Ausschusses noch dem Minister des Innern dürfte unbekannt sein, daß die preussische Landesversammlung die Entscheidung der Frage, ob nur besoldete oder besoldete und unbesoldete Magistratsmitglieder in das Erntessen der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung stellen wollte. Daß dem so ist, geht unzweifelhaft aus den stenographischen Berichten über die entscheidenden Beratungen des Gesetzes hervor.

Der Entwurf des Gesetzes enthält im § 10 die Vorschrift, daß mindestens ein Drittel der Magistratsmitglieder unbesoldet sein müsse. In den Ausschusseberatungen wurde diese Vorschrift fallen gelassen und die Entscheidung über diese Frage nicht durch das Gesetz getroffen, sondern der Beschlußfassung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung überlassen. In der zweiten Lesung des Gesetzes hat sich der Abg. Cassel (Sitzung vom 23. April 1920, Seite 10904 des Protokolls) lediglich gegen eine Bestimmung gewehrt, welche die Wahl von ehrenamtlichen Mitgliedern ausschließen soll.

Der Abg. Wuyh wies deshalb darauf hin, daß die Fassung des Ausschussebeschlusses die Frage der Befolgung unbesoldeter Mitglieder durchaus offen lasse, und ebenso betonte der Abg. Dr. Wehl zutreffend, der Wortlaut von § 11 Abs. 1 Satz 2 habe lediglich die Bedeutung, daß die Stadtverordnetenversammlung auch das Recht habe zur Erklärung: Wir wollen keine unbesoldeten Mitglieder haben, sondern nur besoldete. Die Tatsache, daß der amwesende Regierungsvertreter Dr. Freund dieser Auffassung Dr. Wehls durch Kopfnicken zustimmte und daß gegen die weitere Erklärung des Redners, er dürfe seine Auffassung wohl als die endgültige und offizielle Festlegung der Willensmeinung des Gesetzgebers betrachten, weder von der Regierung noch von irgendeinem Vertreter der bürgerlichen Parteien auch nur der leiseste Widerspruch erhoben wurde, beweist, daß die von dem Abg. Wuyh und Dr. Wehl vertretene Auffassung von dem gesamten Parlament geteilt wurde.

Wenn man der Minister des Innern in seiner eben erwähnten Auslassung betont, die Fassung der §§ 11, 12 und 23 Abs. 6 des Gesetzes Groß-Berlin lasse ungewissheit erkennen, daß nicht sämtliche 90 Mitglieder des Magistrats besoldet sein dürfen, so darf darauf verwiesen werden, daß diese Bestimmungen des Gesetzes nach den ihm zugrunde liegenden Motiven doch eine gewisse Klarheit für den Fall, daß die Stadtverordnetenversammlung von dem ihr zustehenden Recht, unbesoldete Mitglieder zu wählen, Gebrauch macht.

In dieser einzig logischen Interpretation des Willens und der

Wünschen des Gesetzgebers können auch die für die eventuelle Wahl unbesoldeter Stadträte erlassenen Ausführungsbestimmungen nicht ändern. Wenn der Minister des Innern des weiteren betont, daß es eine Klage der bürgerlichen Stadtverordneten gegen den vom Ver. Ausschuss bereits gefaßten und mit Sicherheit von der Stadtverordnetenversammlung wiederholten Beschluß nicht gibt, sondern nur eine Beanstandung des Beschlusses nach § 13 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1888, so möchten wir auch für den letzteren Fall durch unsere Darlegungen die klare Willensmeinung der preussischen Landesversammlung bei Schaffung des Gesetzes nicht in ihr Gegenteil verkehrt wissen.

Landstraßenräuber.

Der frühere Polizeiwachmeister als Wegelagerer.

Die schweren Raubüberfälle, die seit dem Frühjahr d. J. in der Mark und Pommern verübt wurden und unter den Landwirten und Pferdehändlern Furcht und Schrecken hervorriefen, sind jetzt durch Kriminalkommissar Lehner vollständig aufgeklärt. Die Täter sind, wie wir schon mitteilten, der ehemalige Franzfurter und Berliner Polizeiwachmeister Böning und der Schlosser Schulte-Nahde. Böning hatte bis jetzt nur einen einzigen Fall, die Veranbarung des Pferdehändlers Rosenburg, der zu seiner Festnahme führte, eingestanden. Den Kriminalbeamten gelang es jedoch, soviel Beweismaterial zusammenzutragen, daß Böning nunmehr ein volles Geständnis abgelegt hat.

Der erste Heberfall wurde von Böning und Schulte am 20. April d. J. bei Belgard verübt. Als ein Pferdehändler den Markt in Barwalde besuchen wollte, trat einer der Räuber mit geogener Bitte auf den Wagen zu und befohl dem Kaufherr, anzuhalten. Der andere kam dann ganz böse auf den Händler zu und verlangte die Herausgabe seines Geldes. Dieser erste Heberfall brachte ihnen 82 000 Mark, von denen Böning 26 000, sein „Gehilfe“ Schulte-Nahde 8000 Mark erhielt. Der zweite Raubüberfall gelang ihnen auf der Landstraße Lübben-Baruth. Sie trafen dort das Fuhrwerk des Pferdehändlers Gebhardt, der mit seinem 16jährigen Sohn auf dem Wagen saß. Als dieser sich ihnen näherte, drohten sie erst gar nicht. Böning, der am Wegrand lag, zielte aus 6 Meter Entfernung auf Gebhardt, traf diesen jedoch nicht. Der Mann legte sich nun mit seinem Sohn lang auf den Wagen und trieb die Pferde an. Die Räuber schossen nun hinter ihm her, durchlöcherten mehrmals den Wagen und verwundeten auch ein Pferd. Der junge Gebhardt, der vom Wagen gefallen war, wurde von den Räubern gepackt und ausgeraubt. Sie nahmen ihm seine aus 80 Mark bestehende Barchast ab und rissen ihm verschiedene Kleidungsstücke vom Leibe. Der dritte Raubüberfall brachte ihnen wieder 6000 Mark. Ende Juni waren beide von Berlin wieder in die Gegend von Stargard gefahren und auf das Fuhrwerk des Pferdehändlers Jacoby gestochen. Die Beute teilten sich diesmal beider „erbtlich“. Der vierte Raubüberfall war der auf den Pferdehändler Rosenburg bei Lübben, bei dem die Räuber vier Männern entgegen traten, die Pferde niederstießen und dem Händler 20 000 Mark raubten, von denen Böning 11 000 und Schulte-Nahde 9000 Mark erhielt. Auf der Flucht hatten sie dann noch ein Feuergefecht mit Polizeibeamten, dann entkamen beide mit ihren Mähern nach Berlin.

Daß die Landstraßenräuber nicht mehr Heberfälle ausgeführt haben, liegt nur daran, daß sie durch besondere Zufälle nicht öfter Gelegenheiten fanden. In der Absicht, Raubüberfälle auszuführen, sind sie die ganze Zeit über in Brandenburg und Pommern umhergezogen und sie hätten, wäre es jetzt nicht gelungen, sie unabsichtlich zu machen, ihr Treiben zweifellos fortgesetzt. Nach Abschluß der Ermittlungen werden sie von der Kriminalpolizei zunächst nach Roabit gebracht, um später zur Aburteilung den Staatsanwaltschaften von Adelin, Stargard, Cottbus und Frankfurt a. O. vorgeführt zu werden.

Zunahme der Gäßberggiffungen.

Die Feuerwehren von Groß-Berlin haben jetzt mehr mit Gäßberggiffungen und Unfällen zu tun als mit Löschung von Bränden. Täglich kommen zahlreiche Meldungen von Vergiftungsfällen, die Weibzahl betrifft Frauen, die sich mit Gas vergiftet haben. So wurde die Berliner Feuerwehr hintereinander u. a. noch der Kurfürstentorstr. 4, Kaplerstr. 7, Liebenwalder Straße 41, Pötenloferstr. 12, Wriezener Straße 27, Turiner

Str. 2, Aniprodetr. 111, Alt-Roabit 82, Stettiner Straße 9, Pringen-Allee 10 und Prenzlauer Allee 100 alarmiert. In der Stettinerstr. 9 waren die Vermählungen der Samariter um die Wiederbelebung einer Frau leider ohne Erfolg. Der Tod war beim Eintreffen der Wehr schon eingetreten. Eine Frau aus der Kurfürstentorstraße 4 mußte nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden, eine zweite aus der Liebenwalder Straße 41 nach dem Jüdischen Krankenhaus in der Schulstraße, eine Frau Heine aus der Wriezener Straße 27 nach dem Virchow-Krankenhaus, eine Frau aus der Turiner Straße 2 fand ebenfalls Aufnahme in diesem Krankenhaus, während ein Mann und eine Frau nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußten. Die übrigen erkrankten Personen bis auf eine Frau, die im Roabiter Krankenhaus Pflege fand, konnten in ihren Wohnungen belassen werden. Alle diese Vergiftungsfälle ereigneten sich in den letzten Stunden hintereinander in kurzer Zeit.

Verbrecher und Geisteskrankheit.

In der Rechtsache der Geschwister Käppler hat Rechtsanwalt Dr. Alsbach, der die Verteidigung der beiden Angeklagten übernommen hat, jetzt den Antrag auf gerichtliche ärztliche Untersuchung der beiden an der Mordtat beteiligten Geschwister gestellt. Der Antrag wird u. a. damit begründet, daß beide erblich belastet sind, da in ihrer Familie mehrere Fälle von Geistesstörung vorgekommen sind. So hat die Mutter Selbstmord begangen und auch ein Onkel hat sich in Geistesverwirrung das Leben genommen. — In der Rechtsache Dr. Demberger ist der Hauptangeklagte Proke zurzeit im Untersuchungsgefängnis an temporärer Verriidlichkeit erkrankt und wird auf seinen Geisteszustand gerichtsarztlich beobachtet. Die Angeklagte Frau Dr. Demberger stellt nach wie vor in Abrede, den Proke angefaßt oder auch nur vor der Tat Kenntnis von dieser gehabt zu haben. Auch bestreitet sie immer wieder die Behauptung des Proke, daß sie sich an der Herbeiführung der Leiche beteiligt habe. Von der Verteidigung wird geltend gemacht, daß zahlreiche Zeugnisse einen tadellosen Lebenswandel der Frau Demberger bezeugen können und ihr eine solche Tat unmöglich zuzutrauen. Sie bewahrt im Untersuchungsgefängnis ihre volle Ruhe und ist ständig mit Anfertigung von Handarbeiten für ihre Kinder beschäftigt. Die Voruntersuchung, die einen großen Umfang annimmt, wird noch mehrere Monate dauern, so daß die Verhandlung vor dem Schwurgericht erst Ende des Jahres stattfinden dürfte.

Zu den Meldungen über den Giftstoff in der Ziegelstraße wird vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mitgeteilt, daß durch den Einbruch kein Universitäts- oder sonstiges Staatsinstitut betroffen worden ist. Es handelt sich um das Privatlaboratorium des Professors Lewin.

Ein Grundrißplan für die Schulen im neuen Berlin. Für die Volksschulen der neu zu bildenden Gemeinde Berlin ist durch die Veränderungen politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse und durch die gezielte Einföhrung der vierjährigen Grundschule eine Neubearbeitung des Grundrißplans zur Notwendigkeit geworden. Mit Rücksicht darauf hat die städtische Schuldeputation in ihrer letzten Sitzung beschlossen, einen Lehrplanausschuss unter Vorsitz des Stadtschulrats Geheimrat Dr. Fischer zu bilden, der sich aus Vertretern der Gemeinden Groß-Berlin und ihrer Lehrerschaft zusammensetzen soll. Der neue Grundrißplan soll in zeitgemäßer Weise die Reformfragen der staatsbürgerlichen Erziehung, der Arbeits- und der Heimatschule lösen und grundlegend für die im Sinne der Einheitschule zu gestaltenden Schulformen wirken.

Prüfung künstlerisch begabter Schulkinder. Am 2. 8. und 4. September findet auf Veranlassung des Jugendsozialamts der Stadt Berlin in der Unterrichtsabteilung des städtischen Kunstgewerbemuseums, Berlin SW. 11, Ring-Albrecht-Str. 8, eine Prüfung solcher künstlerisch begabter Schulkinder statt, die im Herbst aus der Schule entlassen werden, ein Urteil über ihre Befähigung, und bei der Wahl eines künstlerischen oder handwerklichen Berufes sachverständigen Rat erhalten wollen. Künstlerisch begabte Knaben und Mädchen aus allen Berliner Gemeinde- und höheren Schulen, die daran teilzunehmen wünschen, müssen am Montag, den 23., bis Mittwoch, den 25. August, zwischen 10 und 3 Uhr, in obiger Anstalt, Nummer Nr. 57, selbstgezeichnete Arbeiten, Zeichnungen, Malereien, Entwürfe, Wappsteine, Handarbeiten, Arbeiten in Plastik usw. einliefern, nach deren Beurteilung sie am Mittwoch, den 1. September, zwischen 10 und 3 Uhr, in der gleichen Stelle erfahren, ob sie zur Prüfung zugelassen sind.

Mit der Etappe.

Von Scholem Alechem.

Gaman Iwanowitsch Blissecki.

So hieß der neue Polizeileutnant, der nach Tschelk kam. Sein richtiger Name war Agamemnon Afonegonowitsch, aber die Tschelker Juden, die jedem gern einen Beinamen gaben, nannten ihn anders, und zwar aus zwei Gründen: erstens war Gaman Iwanowitsch kürzer und leichter auszusprechen — wie mußte man den Mund voll nehmen, um Agamemnon Afonegonowitsch zu sagen —, zweitens hat es, seitdem die Stadt Tschelk existiert, noch niemals einen Polizeileutnant gegeben von der Art Gaman Iwanowitsch Blissecki. Tschelk hat Polizeileutnants aller Art gehabt, gute und schlechte, bestechliche und unbestechliche. Das heißt, solche, die gar nichts nehmen, gibt es überhaupt nicht; ein kleines Geschenk zum Feiertag oder zu Neujahr oder eine Aufmerksamkeit zum Geburtstag rechnet nicht mit. Wer wollte darauf verzichten? ... Wir sind alle einmal geboren worden, und der Geburtstag ist von selber ein Feiertag. — eine Sitte, die, wie wir aus der Thora wissen, schon zu Baraas Zeiten in Ägypten bekannt war. Baraas gab an seinem Geburtstag eine große Mahlzeit für alle seine Anrechte. — der Teufel wurde aus dem Gefängnis befreit, der Wächter an einem Baum aufgehängt — gemäß dem Traum, den Joseph dem König drei Tage zuvor gedeutet hatte. Als der „Brislaw“ — so lautete sein Name in der amtlichen russischen Sprache — nach Tschelk kam, begann er zu allererst das Städtchen zu reinigen. Was heißt reinigen? ... Zunächst rottete er die Tschelker Pferdevieh, die in der ganzen Welt bekannt waren, in einem oder zwei Monaten aus. Nicht ein einziger für den Notfall blieb zurück. Sobald er gegen jemand auch nur den geringsten Verdacht gefaßt hatte, ließ er ihn ohne lange Umstände festnehmen und schickte ihn sofort per Etappe nach dem Gefängnis. Dort sollte mit ihm abgerechnet werden.

Sodann nahm er die Straßen und die Juden vor. Er verlangte, daß die Straßen rein gehalten werden, der Schmutz aus den Häusern nicht auf den Damm, den Leuten ins Gesicht hinuntergeschüttet werde, schmutziges Wasser nicht vor den Türen ausgegossen werde, und daß überhaupt auf Ordnung gehalten werde. Von den Juden verlangte er, daß sie am Sonntag bis mittag die Geschäfte schließen, daß die Lehrer ohne besondere Erlaubnis nicht unterrichten und daß der

Dracht, den die frommen Juden um die Stadt gezogen hatten, entfernt werde. ... Es würde ohne diesen Telegraphendracht auch gehen, meinte er. ... Auch wenn sich die Juden in der Synagoge herumzuschlagen und wegen eines Ehrenamts eiferten und sich mit Ohrfeigen traktierten, müßte er sich hinein. Solch ein Salome war er!

Daß die Geschäfte geschlossen wurden — ging ohne weiteres durch. Kam es einmal vor, daß einer nicht ganz pünktlich bis zwölf Uhr den Laden geschlossen hielt, so überließ er es. ... Was blieb ihm auch anderes übrig? ... Er tat, was er konnte, aber den Wächter für jüdische Geschäfte zu spielen und aufzupossen, ob einer die Wagentür halb offen stehen ließ. ... das war unmöglich! Wegen des Drachts hatte er in der ersten Zeit Verdruß. Am Freitagabend wurde der Dracht trotz des Verbotes gezogen, am Sonnabendmorgen ließ er ihn abreißen. Aber am nächsten Sonnabend tauchte ein neuer Dracht auf, und so ging es mehrere Wochen hintereinander. Obgleich er den Wächtern befohl, aufzupassen, wer den Dracht aufzog, gelang es nicht, den Spitzbuben abzufassen. Da entschloß er sich, persönlich Wache zu stehen; er pflanzte sich in einer versteckten Ecke auf und stand die ganze Nacht grübelnd und singend da. Erst gegen Morgen sah er den Sohn des Synagogendieners, Reize, ab, als er gerade damit beschäftigt war, den Dracht zu befestigen. Er packte ihn bei dem linken Ohr, führte ihn zum Polizeirevier und ließ ihn für einen ganzen Tag einsperren. Seit jenem Tage blieb Tschelk bis auf den heutigen Tag ohne Dracht. Die Einwohner machten sich nichts mehr daraus, auch ohne diese Vorrichtung ihre Taschentücher und Hüten am Sonnabend bei sich zu tragen, während ihnen das früher nur gestattet war, wenn ein Dracht durch die Stadt gezogen wurde.

Schlimmer war der Kampf, den er mit den Lehrern durchzuführen mußte. Die Lehrer machten ihm das Leben unglücklich schwer. Kaum hatte er einen Lehrer mit zwanzig Schülern in einer Straße abgefaßt und die Schule geschlossen, so fand er denselben Lehrer mit denselben Schülern am nächsten Tag in einer anderen Straße. Er schloß die Schule wieder und nahm ein Protokoll auf; aber kaum hatte er Zeit, sich weiter anzusehen, als der Lehrer sich auf einem Boden oder in einer Krautschule verkrachten hatte und von dort den Gesang seiner Schüler laut erschallen ließ. Ein wahres Unglück mit den jüdischen Kindern! Sie waren nicht von dem Lehrer loszureißen!

„Hol dich der Auaud! Hast du dich mit deinen Schülern auf dem Boden verkrachten, so paue mit ihnen meinetwegen, bis ihnen die Köpfe platzen, aber mach wenigstens nicht solchen

Lärm, daß ich es höre“, sagte Blissecki zu dem Lehrer und schwor, daß, wenn er ihn noch erwischt sollte, er ihn innerhalb vierundzwanzig Stunden aus Tschelk ausweisen würde.

Der Lehrer hörte aufmerksam zu, verließ seine bisherige Zuflucht und stieg von oben in irgendeinen Keller hinunter. Dort unterrichtete er weiter, aber er ließ die Schüler auch sitzen, denn Unterricht ohne Gehör war ungefähr dasselbe wie eine kalte Stugelweise, die die vornehmen Leute in der Großstadt am Wochentag aßen. Gaman Iwanowitsch schlug sich so lange mit dem Lehrer herum, bis er schließlich wütend aufspie und den Kampf aufgab.

Der Tschelker Millionär Schalom Beer Tschelker aus Tschelk.

Da Tschelk hauptsächlich von Juden bewohnt war, hatte der Tschelker Polizeileutnant ausschließlich mit Juden zu tun. Er konnte sehr bald sämtliche Einwohner von Tschelk beim Namen, war in alle ihre Geheimnisse eingeweiht, sprach mit ihnen halb jiddisch und wurde zunächst und weiß wie Wachs — mit einem Wort: zwischen ihm und den Juden hatte sich ein vertrauliches Verhältnis herausgebildet.

Als die reichen, feinen Leute, die die Wächter, die überall gern regierten, merkten, daß der Beamte zugänglich wurde, begannen sie ihn zunächst mit einem Stückchen Fisch, einem Glas Sams und einem Stück Wazze zu bestechen; dann versuchten sie es mit Schmeicheleien und stredten ihm vorzüglich etwas in die Hand zu. Das bekam ihnen aber so schlecht, daß sie ihre Kindeskinde warnen wollten, einem Polizeileutnant niemals früher etwas zu geben, ehe man nicht genau wußte, wer und was er war.

„Du glaubst, mich mit Geld bestechen zu können, Nofke“, sagte er zu einem Juden auf russisch, „du bist also ein Verbrecher! Ans Gefängnis mit dir!“

Die Worte: „Ans Gefängnis mit dir!“ hatte er immer auf der Zunge. Das bedeutete, daß er die Leute einsperren oder mit der Etappe nach der Gouvernementsstadt schicken sollte. Er diese Worte einmal gesagt, so half nichts mehr; kein König von Ost oder West hätte etwas ausrichten können. Ein merkwürdiger Patron war er! Weiß der Teufel! Traf er einen armen Mann, der nicht zu leben hatte, so gab er ihm aus seiner eigenen Tasche einen Rubel oder auch zwei und sagte zu ihm, halb jiddisch, halb russisch: „Da, nimm eine kleine Anleihe für deine Ausgaben!“

(Fortf. folgt.)

Die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen.

Unter dem Vorsitz des Stadtrats Weise tagte am Donnerstag abend im Berliner Rathaus der Wahlsprüfungsausschuss der neuen Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin. Dieser Ausschuss hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Mandat der Sozialdemokratischen Partei für den Rechtsanwalt Dr. Holz, Wilmersdorf, für ungültig zu erklären, weil er in dem Wahlkreis Berlin IX den Wahlquotienten 7390 nicht erreicht hatte. Stattdessen hatte man der S. P. D. ein Mandat zugestanden, und zwar den auf Stadtliste gewählten Stadtverordneten, es ist dies aber nicht der Oberlehrer Lohmann, sondern derselbe Rechtsanwalt Holz, der auch auf der Stadtliste der S. P. D. an sechster Stelle steht.

Der Ausschuss nimmt jedoch Kenntnis vom dem Verfahren des amtlichen Wahlleiters, nachdem eine Reihe von Stadtverordneten auszuwählen haben, weil sie die Frist zur Annahmeerklärung verstreut haben. Die Prüfung der Stimmen hat ergeben, daß bei der Wahl der Bezirksverordneten die Vorstände der Stadtverordnetenwahlen in den sechs Berliner Wahlbezirken rund 5000 Stimmen für ungültig erklärt haben. Hiervon wurden nachträglich rund 4000 Stimmen für gültig erklärt. Diese nachträgliche Gültigkeitserklärung hat für die Mehrzahl der Wahlbezirke keine Bedeutung, mit Ausnahme des Bezirks Tiergarten, wo für die Deutsche Volkspartei 367 Stimmen für gültig erklärt werden mußten. Hier tritt eine Verschiebung ein, und zwar zugunsten der Deutschen Volkspartei, die ein Mandat für Dr. Kohl erhält, während die Deutschen Demokraten das Mandat des Herrn Tows verlieren.

Der Wahlsprüfungsausschuss hat sodann die Verteilung der auf der Stadtliste gewählten Stadtverordneten auf die einzelnen Stadtbezirke vorgenommen. Die Stadtverordneten werden fast ausschließlich so verteilt, daß sie an ihren Wohnsitzen verbleiben. Nur auf besonderen Wunsch sind einige Stadtverordnete ausnahmsweise anderen Bezirken überwiesen.

Miet- und Wohnungswesen in Neu-Berlin.

Die Einheitsgemeinde wird auch von großer Bedeutung werden für die Organisation der Einigungs- und Wohnungsämter. Der Zusammenhang ist bisher nur recht locker. Wenn auch alle Gemeinden des Wohnungsverbandes Groß-Berlin Generalvermietern geworden sind — ich habe das in Nr. 478 vom 18. 9. 19. („Die Gemeinde als Generalvermieter“) dringlich empfohlen —, so vermittelt nur selten eine Einzelgemeinde zugunsten eines Wohnungsuchenden in einer anderen Einzelgemeinde, es sei denn, daß Tausch vorliegt. Die Zwangseinquartierung wird in der Praxis recht verschieden gehandhabt, derart, daß bald mehr die kulturelle Schädigung der übergroß Wohnenden durch die Zwangseinquartierung, bald mehr die kulturelle Schädigung der Wohnungsuchenden durch die Wohnungslosigkeit betont wird. Die sozialistische Färbung der Gemeindevertretungen steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Befandnis, daß die Zwangseinquartierung ein so behelfsmäßiges und bezwecktes Kompensationsmittel ist, doch die schärfste und billigste Hilfe darstellt. Die Folge ist, daß der Wohnüberfluß in den westlichen Vororten, wo er keine bloße Ausnahme ist, z. B. auch noch den relativ stärksten Schutz erfährt.

An Einheitslichkeit mangelt es ebenso im Mieterschutzwesen, so verdientvoll sich der Berliner Magistrat auch darum bemüht hat. Trotz gemeinsam geplanter Richtlinien glaubte doch jede Gemeinde, ihren eigenen Weg gehen zu können. In Preisangelegenheiten gibt es beinahe ebenso viel schwärzliche Formeln wie Schiedsstellen; und um nur einen Fall herauszugreifen, der Portier erfreut sich in der einen Gemeinde — ungeachtet, daß er nicht mit harter Münze, sondern mit seiner Arbeitskraft zahlt — des gleichen Schutzes wie andere Mieter; in der Nachbargemeinde ist er dagegen von den Wohlthaten der Mieterschutzverordnung ausgeschlossen.

Ein Hauptvorurteil der Einheitsgemeinde wird die Möglichkeit sein, die Vergewaltigung des Wohnungswesens anzubahnen, um aus der Verordnungsverwaltung mit ihrem Riesenapparat an amtlicher Kontrolle herauszukommen und an ihre Stelle die gesellschaftliche Kontrolle der Miet- (Wohn-) Preisbildung und Wohnungsverteilung zu setzen. Das Reich kann nach § 2 des Reichssozialversicherungsgesetzes vom 23. März 1919 (R.-G.-Bl. 341) die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich regeln und nach § 3 dess. Ges. die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben den Gemeinden übertragen. Hier kann Neu-Berlin zeigen, wie leistungsfähig es ist.

Die Wohnungsgenossenschaft oder Heimstätte (nach dem Vorbild des Genossen Kampfmeyer) wird einen Komplex von Wohnungen zu

einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenfassen; hier wird nach den wahren Selbstkosten die Normalmiete in gesunder Rücksicht auf Alter und Zustand der Wohnungen festgesetzt und der für unseren Wohnungsbau unermessliche Mietüberfluß dem Siedlungszweck restlos zugeführt. Mag auch das individuelle, in seinem Eigentum verbürgende Interesse des Hausbesizers zum Teil verloren gehen, so wird ungleich mehr gewonnen sein durch den Ausschluß hiltloser Verwaltungsdilettanten sowie dadurch, daß eine zentrale Aktion gegen den Häuserverfall und Wohnungsabgang auf tragfähiger Basis unternommen werden kann, während die Hausreparaturzuschüsse nach der preussischen Höchstmietverordnung von der unglücklichen Mieterschaft des einzelnen Hauses aufgebracht werden sollen, und zwar abschlagsweise (!) während eines der Lebensdauer der einzelnen Reparatur entsprechenden Zeitraumes.

An Stelle der Höchstmietensparagrafen, deren Unzulänglichkeit in der politischen Unentschiedenheit wurzelt, ist Neu-Berlin politisch befähigt, eine soziale Tat ersten Ranges zu schaffen.

Wegen die Umgehung des Wohnungsamtes wendet sich eine solche erlassene Bekanntmachung des Dezernenten des Lichtenberger Wohnungsamtes, die insbesondere auf die Vermehrung der Fälle in letzter Zeit hinweist, daß Vermietungen in möblierten Zimmer und die Wohnungsaustausche ohne die Genehmigung des Amtes stattgefunden haben. Es wird unter Hinweis auf die Strafbestimmungen festgestellt, daß sämtliche Wohnungen, auch möblierte Wohnungen und Zimmer, sowie alle zu Wohnzwecken verwendbaren Räume, die unbenutzt und durch Ablauf des Mietvertrages, Kündigung, kündigungsfreier Auszug des Mieters usw. frei werden, nur mit vorheriger Zustimmung des städtischen Wohnungsamtes weitervermietet oder ausgetauscht werden dürfen. Inhaber von Wohnungen usw. können vom Wohnungsamt zwangsweise aus den Wohnräumen entfernt werden, wenn sie dem Vermieter nicht freit- und formgerecht durch das Amt zugewiesen worden sind. Das Wohnungsamt in Lichtenberg hat diese strengen Maßregeln in letzter Zeit wiederholt unnachgiebig durchgeführt.

Verkauf von Auslandszucker. Die Zuderlieferungsstelle des Magistrats Berlin gibt bekannt: Auf Abschnitt Nr. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck Stadt Berlin ist ¼ Pfd. Auslandszucker für Einmahlzwecke abzugeben zum Preise von 7,60 M. je Pfund. Der Verkauf von Auslandszucker erfolgt in allen den Geschäften, die eine Kundenliste zum Verkauf von Kommunalzucker eingereicht haben. Der Bestellabschnitt Nr. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck „Stadt Berlin“ ist unter Vorlegung der Zuderkarte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 gegen Abstempelung des Empfangsabschnittes in dem Geschäft abzugeben, in dem der Empfangsberechtigte zum Bezuge von Kommunalzucker eingetragener ist, und zwar in der Zeit von Montag, den 23. August, bis Mittwoch, den 25. August 1920, einschließlich. Nachträgliche Anmeldungen sind nicht zulässig. Jeder zugelassene Kleinhändler ist verpflichtet, den Verkaufsbeginn durch Anschlag anzugeben, vor Mittwoch, den 25. August, darf mit dem Verkauf nicht begonnen werden. Der Käufer ist verpflichtet, bei der Entnahme des Zuckers den Empfangsabschnitt und die Zuderkarte für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 vorzulegen. Der Verkäufer darf nur gegen Vorlegung der Zuderkarte und Abnahme des Empfangsabschnittes Nr. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte den Auslandszucker ausgeben. Der Verkauf von Auslandszucker findet nur in der Zeit von Mittwoch, den 25. August, bis Dienstag, den 7. September 1920 einschließlich, statt.

In einer Versammlung der Vertrauensleute der Post- und Telegraphenverwaltung wurde nach mehreren Referaten über die politische Lage und die Beamtenfrage eine Entschiedenheit angenommen, in der von der Reichstagsfraktion und von der Parteileitung gefordert wird, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß nunmehr schnellstens eine Beamtenrätegesetz erlassen wird, durch das auch den Beamten die Möglichkeit gegeben ist, auf die Gestaltung ihres Dienst- und Arbeitsverhältnisses mindestens denselben mitbestimmenden Einfluß auszuüben, wie dies allen anderen arbeitnehmenden Volksgenossen möglich ist. Weitere Entschlüsse, die gefaßt wurden, sprechen sich für die Erhaltung der Neutralität aus und betonen den im Saargebiet streikenden Eisenbahnern und allen anderen Beamten die vollste Sympathie.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralkasse für Volksmusik, Nussburgerstr. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelwiler 15, im Jagarvergeßlich von Garich und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, 20. August:

9. bis 14. Abt. 7 Uhr Sitzung der Abteilungsleiter im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147.

Konferenz der erwachsenen Mitarbeiter des Reichsberger Hofes im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, links 3 Tr.

Jugendsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Lichterfelde. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Albrechtstraße 15a. Vortrag, evtl. Teilnahme in Ortsgruppe Eden. — Arbeitsausschuss 6 Uhr Sitzung im „Vorwärts“-Gebäude.

Morgen, 21. August:

Vernam. Mitgliederversammlung 8 Uhr bei Rothwald, Kaiserstr. 82. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksrat und andere wichtige kommunale Angelegenheiten.

Sonntagsveranstaltungen.

47. Abt. Sonntag Familienausflug nach dem Grinsee. Abfahrt 6,40. Stellener Vorortbahnhof, Nachmittags 9,40. Treffpunkt Schön. Jaspershof.

Arbeiter-Kinderbund 9,40. Sonntag Ausflug nach Wilmersdorf. Abmarsch Wilmersdorf, bei Schmitz, pünktlich 1/2 1 Uhr mittags. Am Ort Freispiel, Deklamationen usw. Bei Dunkelwerden Feuerwerk. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Charlottenburg. Jugendheim Kottbusstr. 4 (Wohlfahrt). Diskussion: Unsere Volksschule. — Moabit. Jugendheim Waldenstr. 21. Gemeindefest. Diskussionabend. — Neukölln. Jugendheim Kottbusstr. 53. Diskussionabend: Jugendklub und Jugendrecht. — Nordosten. Jugendheim, Aula der Realschule Vesterstraße. Diskussionabend: Bürgerliche Jugendbewegung. — Cöpen. Jugendheim Strahmannstr. 6. Außerordentliche Mitgliederversammlung. — Prenzlauer. Jugendheim Erdmannsdorfer Str. 131. Vortrag: Ein Grenzboten. — Pankow. Jugendheim, Lokal Volksschule, Hennickenborfer Straße. Vortrag: Werden wir wandern? — Spandau. Jugendheim Oberlitzweg, Altfamerning. Vortrag. — Treptow-Baumhüttenweg. Jugendheim Eisenstraße 3. Diskussionabend; Geschlagelation.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radsportklub Solidarität, Ortsgruppe Berlin, I. Abt. 21. August Radtour Belgien—Wien—Berlin. Start Sonnabendabend 1/2 11 Uhr. Abfahrt Bahnhof Charlottenburg 11,55. 22. August mittags 1 Uhr Landweg (Vormittag).

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin e. V., Bezirk Westen. Prüfung des Hausfrauenprüfungsausschusses heute abend 7 Uhr im Lokal Vorkampffeldstr. 11. — Bund für Freigliederung des sozialen Organismus. Reichsverband der Arbeiter, Kottbusstr. 111. 21. Aug. Vortrag von Martin Bäumig: „Soziale Weltanschauung — produktive Wirtschaft“. Anfang 8 Uhr. Freie Ansprache. Gäste willkommen. — Allgemeines Familienherbstfest. Sonntag, den 22. August, Jahn- und Jahnplatztag von 2-6 Uhr in den Restaurants Gerichtstr. 12/13 und Albrechtstr. 24.

Gerichtszeitung.

Nicht Wucher, sondern Gefälligkeit.

Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung fällt die Reichsjustizkammer des Landgerichts II. Wegen Schleichhandels war der Kolonialwarenhandeler Varinski aus Friedenau angeklagt. Zu den Kunden des Angeklagten gehörte u. a. die Gattin des Regierungsbauamteisters Koch, welche, wie alle Hausfrauen heutzutage, hin und wieder auch etwas hinterher kaufte. Als eines Tages zufällig Herr K. den auf Marken veräußerten Zucker im Empfang nehmen wollte, bot ihm der Angeklagte ein Pfund Schieberzucker zum Preise von 10,50 M. an, da der Registrierzucker noch nicht eingetroffen war. Koch brachte diesen Fall zur Anzeige, und die Folge war, daß K. vom Schöffengericht wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels zu einem Tage Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil legte Rechtsanwalt Dr. Eisenstädter Berufung ein und machte geltend, daß die erste Voraussetzung für einen Verstoß gegen die Wucherordnung, nämlich die Erlangung eines Gewinnes fehle. Der Angeklagte habe für seinen eigenen Haushalt 7 Pfund Zucker für 70 M. gekauft und dem Zeugen mehr aus Gefälligkeit, ein Pfund abgegeben. Der „Gewinn“ von 50 Pfennigen werde durch die bedruckte Lüte, welche heutzutage allein 15 bis 20 Pfennige koste, ferner durch die Umsatzsteuer, die bei 10 M. 15 Pf. betrage, und durch die allgemeinen Geschäftskosten, die bei 10 M. circa 50 Pf. betragen, aufgehoben, so daß von irgendeinem Nutzen keine Rede sein könne.

Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf Freisprechung, da ein Gewinn nicht als vorliegend anzusehen sei.

Umschwung.

Von Siegfried Verberich.

Peterabend. Johann steigt vom Bau herab, wie seit dreißig Jahren, wäscht sich die Hände, zieht die Leberkleider aus, hängt sie an den Nagel, brummt „Guten Abend“ und geht hinaus auf die Straße, allein, inmitten seiner Kollegen. Unzufrieden wie stets; man läßt ihn in Ruhe, kennt seine rauhe Art, respektiert seinen Pah, seine Brut: er ist der Erstgenannte einer in der Gewerkschaft — ein Alter! Vorbild und Muster: Einer von denen, die trotz Verfolgung und „Druck von oben“ jahrzehntelang festgehalten haben an dem als richtig Erkannten! Wirtelämpfer der Erfolge, die einer jüngeren, leichtfertigeren Generation als reife Früchte, wie Selbstverständlichkeiten, zugute kommen.

Was gestern hat man gestreift; schließlich die Mindestforderung durchgesetzt. Ist selbstbewußter heute angetreten: die alte Rechnung auf das Exempel: es muß gehen! Gut, daß es jetzt schon gegangen ist: Streikfasse und Spargeld waren aufgebraucht! Johann, denkt daran. —

Dort die Wirtschaft. Trotz allem — wie immer nach der Arbeit! So viel hast Du noch. Das muß man sich leisten können! Du kommst noch früh genug heim! Was sollst Du dort! Die Frau, die näht; störe sie nicht! Und der Herr Sohn, der bleiche Affe! Hockt über den Wädhern, sagt „aber Papa!“ — Quatsch! Robber Hund! — Spucke aus. Nur auf ein Glas. Und dann das Blatt.

Duftes Licht, rauhe Tische, verbrauchte Decke, Zapsenschiag. Hier spricht; der Wirt mit den listigen Augenlein, die fetten Keulern. Karten fliegen dröhnend auf den Tisch, faule Witze, Tabakqualm, schlechte Luft, gemütsch-warm. Johann hat sein Glas Bier, sein Blatt, trinkt und liest. Erst hohe Politik, Welt, Reich; dann Land, Landtag; dann Stadt. Den Rest, Unterhaltung, schenkt er sich: Weibergeschwätz. Nicht genau, Wort für Wort; sie sind ihm nicht zu scharf genug, zuviel Drumherum, wenig Draußes! Liebt „Vermittelfreiheit“, als Förderung seiner Partei. Stimmt zu innerlich, selbstverständlich — es läme ja auch ihm zugute und allen. Die könnten und doch nicht können — hebt sich den Gedanken auf für den Heimweg; ist weit genug, Tramdbahn zu teuer, kann geparkt werden — zahlt und geht. Sagt denen nicht „Guten Abend“. Die tun ihm zu wenig, spielen Karten, denken nicht nach, arbeiten nicht an sich selbst, lernen nichts dazu, gehen ins Kino oder Café, spielen den Herrn in ihrer Freizeit, ruhen auf den Erfolgen aus, die unferner erlumpft hat. Reichsinnige Bande! Sieht sie, modisch gestuht, Mädel am Arm,

Zigaretten rauchen, Cavalier spielen: Herren der Lage, ausdrücken auf dem Erreichten! Ansturm; nicht vorwärts — heißt rückwärts! Quatschen vom Krieg, verlornen Jugend! Fauler Wandel! Als wenn Gefahr Arbeit wäre! Ist nie soviel gesaulen! worden wie im Krieg! War doch selber dabei. Werden schon sehen! Leichtsinnt rächt sich!

Kommt zurück zu seinem Thema: Vermittelfreiheit. Betrachtet alle Dinge aus Gewohnheit von der praktischen Seite her, von sich aus, wie er sie kennen gelernt hat. — Sein Fritz ist heute dreizehn Jahre alt und — die Mutter war früher Dienstmädchen in guten Häusern — im Gymnasium, weil er begabt ist, wie seine Lehrer sagen. Das Schulgeld ist ihm erlassen, aber die Bücher haben schon ein schönes Stück Geld gekostet, gewiß; so an die zweihundert Mark! Johann bedenkt, der Ertrag von drei bis vier Wochen Arbeit! Harter Arbeit bei Wind und Wetter, ungeschützt hoch droben auf dem Bau. Damit der Junge sich Bücher kaufen kann; lateinische und jetzt auch geschichtliche und deutsche und Besichtigte und so weiter. Die Kinder müssen viel lernen! Lernen ist gut: er soll's besser haben als ich! Aber schließlich. . .

Johann bleibt stehen. Es kommt ihm hart an, zu denken, was er jetzt liest, was er schon oft zu Hause geklaut hat, am Mittag, am Abend: dort sitzt die Mutter und näht, still, sauber, fleißig, stolz auf ihren Fritz, der vor seinen Wädhern sitzt, aufsteht und von César erzählt und all den reichen Römern, oder von Plutarch, oder von dem Bau der Pyramiden; der von der Macht all der großen Männer schwärmt, die die Geschichte ausmachen, mit rotem Kopf und froh des Wissens und glücklich darüber, daß er uns davon erzählen kann, die wir so dumm sind und von allem nichts wissen! Ist es nicht Herablassung von ihm, sein Verwunnen mit Wissen! — Das ist dein Sohn? Schämt er sich nicht seiner ungebildeten Eltern? — Fühlt er sich ihnen nicht überlegen? — Und wenn du einmal etwas dazwischen warfst, etwa von der Elzaberei und Anechtshaft dieser Kegypier, die die Pyramiden zum Ruhm ihrer Kaiser bauen mußten, oder dieser Römer, die sich abpladen mußten, damit ihre Führer in die Geschichtsbücher kamen — das wollte er nicht gelten lassen; das steht er alles anders, nicht menschlich, sondern so, wie es geschrieben steht und wie es sein Professor ihnen erklärt hat: vom Standpunkt der Reichen, der Besitzenden, der Herrschenden, der Bourgeois! Und hat er dich nicht ausgelacht, als du Bourgeois so ausgeprochen hast, wie es geschrieben wird, eben wie Bourgeois? Und wollte er dir nicht weismachen, ein Demagoge wäre kein Volksverhörer und Verfälscher, sondern — eigentlich, sagte er — ein Führer des Volkes? — Hat

ihn sein Wissen dir nicht entfremdet, dir und uns allen? Ist er nicht selber auf dem Weg, ein Bourgeois zu werden, uns zu verachten, gering von uns zu denken, weil wir nicht so viel wissen als er? —

Johann spuckt aus, geht weiter, verbittert. Denkt: dies der Gang der Entwicklung! Du kaufst ihm die Bücher, ernährst ihn, ziehst ihn groß — denn bei all seiner Weisheit, dazu braucht er dich; darauf kannst du stolz sein, wenn du willst! — damit er, groß geworden, dich verläßt und zu deinen Feinden hilft!

Langsam geht er seiner Wohnung zu, kommt an, klingelt, geht hinein, sagt „guten Abend!“ — Und wohnt er nicht selber wie ein Bourgeois? Ekelhafte Ruhe und Reinlichkeit! Wo zu noch streiten! Es ist erreicht! Für wen denn? Hat seine Frau je geföhlt wie er? Ist sie sich nicht immer besser vorgekommen? Und erst dein Herr Sohn! Hat sie ihn nicht angeheißt, ihm nicht eine rosige Zukunft eingeredet? — Wird ihm nicht übel, wenn er nur das Wort Proletariat hört? — Gewiß, er wird kein Proletarier mehr wie du; er ist über dich hinausgewachsen, mit Hilfe deiner Spargroschen, deiner Gewerkschaft, deiner Propaganda, deiner Streikerei, die er im Grunde verachtet — wie dich! Er wird eben ein Bourgeois. Das ist der Gang der Entwicklung. . . Und wenn sie die Bücher umsonst hergeben, — und das müssen wir erreichen! — werden dann nicht womöglich noch viel mehr Arbeiterkinder Bourgeois werden und sich ihrer Eltern schämen. . . ? —

Wie er dort sitzt, bleich und gezeichnet, ich glaube, ich sollte ihn hassen — nicht als Vater: es wird ihm besser gehen als dir! — aber als Proletarier! Vielleicht wird er ein Herr und bedrückt dann deine Kollegen! Durch dein Geld, mit dem er sich seine Bücher gekauft hat. . .

In Johann redt sich der Vater: schließlich ist er doch dein Sohn, der Erbe deines Blutes! Wenn es ihm besser geht als dir, dann waren die Bücher das Opfer wert: drei bis vier Wochen Arbeit! — Und vielleicht redest du dir nur ein, daß er dich verachtet; vergiß doch nicht, daß er viel gebildeter ist als du. . . Vielleicht sagt ihm sein Verstand, daß du recht gehabt hast mit deinen Ansichten — für dich: er steht an anderer Stelle. Und wäre es nicht auch möglich, daß er eines Tages sein Wissen und Können in den Dienst des von dir Erstrebten stellt? Denke doch an all die Großen! Kommen sie nicht oft gar aus Beamtenfamilien? — Allerdings: Söhne von Proletariern sind seltener unter ihnen. . . Sie kommen an — und ruhen sich aus. . .

Die Nähmaschine klappert, die Schreibfeder fragt. Johann philosophiert wie oft: Wir denken an uns, für das Heute! Doch das Morgen: Jeder geht seinen Weg!

Wirtschaft

Die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft.

Nachdem der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft beschlossen hat, hört, wie in amtlichen Erklärungen zu der Verordnung bekanntgegeben wird, mit dem 15. September die Verpflichtung für die Kommunalverbände auf, die Bevölkerung mit einer bestimmten Kartoffelration zu versorgen. An Stelle der Kommunalverbände treten Handel und Genossenschaften, denen die Aufgabe obliegt, im freien Verkehr den Bedarf der Bevölkerung mit Kartoffeln zu decken. Damit der Handel in die Lage versetzt wird, am 15. September dieser Aufgabe gerecht zu werden, wird beabsichtigt, bereits zu einem früheren Zeitpunkt, etwa am 5. September, die Verladung der freien Kartoffeln zu gestatten.

In den durch Lieferungsverträge sichergestellten Kartoffeln stellt den Kommunalverbänden eine Reserve zur Verfügung, die sie befähigt, Notstände, die sich während der Herbst- oder Wintermonate ergeben sollten, zu beseitigen. Durch diese Reserve wird es insbesondere möglich sein, einem übermäßigen Anziehen der Kartoffelpreise vorzubeugen. Soweit diese Reserve nicht ausreicht, ist die Reichskartoffelstelle in der Lage, mit der von ihr unmittelbar bereitgestellten Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern helfend einzugreifen.

Demnächst werden für Brennereien, Trocknerien und Stärkefabriken einschränkende Bestimmungen erlassen werden, durch die verhindert werden soll, daß durch die Anläufe dieser Betriebe die Marktlage ungünstig beeinflusst wird.

Die bisherigen Berichte über den Umfang des Anbaues und den Stand der Ernte berechtigen zu der Hoffnung, daß mehr Kartoffeln als in den letzten Jahren zur Ernährung der Bevölkerung im Herbst zur Verfügung stehen werden. Es kann daher damit gerechnet werden, daß sich im freien Verkehr ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herstellen und dadurch eine günstige Beeinflussung der Preisbildung erfolgen wird, falls nicht durch Anläufe seitens der Großverbraucher zu übertrieben hohen, durch die Marktlage nicht gerechtfertigten Preisen eine Verunruhigung des Marktes eintritt. Im eigenen Interesse der Konsumenten muß dringend vor derartigen Anläufen gewarnt werden.

Nachdem diese Regelung gegen den Willen unserer Fraktion durchgeführt, möchten wir nur wünschen, daß sich der Optimismus des Reichsernährungsministeriums bewährt und daß nicht die Verbraucher als Leidtragende aus der Affäre hervorgehen. Die bisherigen „Erfolge“ des freien Handels sprechen allerdings dagegen.

Fleischverknüpfung durch Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Die Deutsche Volkspartei hatte vornehmlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu ihrer Wahlparole gemacht und versichert, daß unter dem freien Handel die Lebensmittel nicht nur reichlicher, sondern auch billiger werden würden. Jetzt muß die Deutsche Volkspartei nachsichende „Deutsche Wg. Ztg.“ aus Ostpreußen folgendes melden:

„Seit einigen Wochen war im Kreise Fischhausen versuchsweise die Zwangswirtschaft des Fleisches aufgehoben worden, da sowohl Fleischer wie Produzenten versicherten, daß sie die Preise so niedrig wie möglich halten und dadurch beweisen würden, daß die Zwangswirtschaft überflüssig geworden sei. Aber statt eines Sinkens der Preise machte sich geradezu ein unglaubliches Steigen bemerkbar. Namentlich in den Badeorten Cranz, Rauschen und Neufahrn. Es gab zwar überall reichlich gutes Fleisch, aber die Preise stiegen beispielsweise bei Schweinefleisch bis zu 16 M. das Pfund. Vergebens demarte der Landrat die Fleischverkäufer, vergebens machte die Fleischernennung ihren Mitgliedern Vorhaltung. Nunmehr hat der Landrat sämtliche Fleischereien zwangsweise geschlossen und zwar zunächst bis zum 4. Oktober. Es ist die verschärfte Zwangswirtschaft und die Rationierung wieder eingeführt und das Strafverfahren gegen sämtliche Fleischer wegen wucherischer Ausbeutung des Publikums eingeleitet worden.“

Das Reichskuratorium zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie, dessen Leiter der Vorsitzende der Reichsstelle für Textilwirtschaft ist, besteht aus Vertretern des Reichsschatzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsministeriums des Innern, je einem Vertreter von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, sowie 9 Arbeitgebern und 9 Arbeitnehmern aus der Textilindustrie. Es verfolgt weder politische noch Erwerbszwecke und dient lediglich der Wissenschaft, vor allem der wissenschaftlichen Erforschung der höher verwandten Faserstoffe, der Auffindung und Ausbarmachung bisher nicht bearbeiteter, einheimischer Faserstoffe und der Erzeugung und Verbesserung künstlicher Faserstoffe. Dem Kuratorium steht ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite, der aus Wissenschaftlern und Sachverständigen besteht und in völliger Unabhängigkeit und Selbständigkeit das Kuratorium berät. Sitz des Kuratoriums ist Dresden.

Die Mark fällt.

Die Mark geht seit einiger Zeit zurück. An der Börse führte diese Erscheinung wie immer so auch in den letzten Tagen zu Käufen von Auslandspapieren. Der Stand der Mark zeigt gegenüber unserer letzten Ausstellung folgende Veränderungen.

| | 31. 7. | 6. 8. | 18. 8. | 19. 8. |
|--------------------------------------|---------|--------|---------|---------|
| 100 holländische Gulden . . . | 1451,50 | 1539,— | 1598,40 | 1648,35 |
| 100 dänische Kronen . . . | 660,70 | 705,— | 726,75 | 744,25 |
| 100 schwedische Kronen . . . | 893,40 | 901,— | 994,— | 1031,50 |
| 100 norwegische Kronen . . . | 665,70 | 705,— | 724,25 | 740,25 |
| 100 finnische Mark . . . | 150,20 | 152,— | 147,85 | 156,80 |
| 100 Schweizer Franken . . . | 720,75 | 765,— | 806,70 | 831,65 |
| 100 österr. Kronen (alt) . . . | 24,00 | 23,78 | 21,47 | 21,47 |
| 100 deutsch-österr. Kronen . . . | 23,90 | 24,15 | 22,22 | 22,92 |
| 100 ungarische Kronen . . . | 24,40 | 24,40 | 19,98 | 21,47 |
| 100 tschechisch-slowak. Kronen . . . | 84,70 | 84,60 | 81,40 | 81,65 |
| 100 spanische Pesetas . . . | 650,65 | 685,60 | 729,25 | 749,25 |
| 1 amerikanischer Dollar . . . | 42,55 | 46,67 | 48,45 | 50,07 |
| 100 belgische Franken . . . | 344,35 | 355,— | 375,60 | 387,10 |
| 1 englischer Pfund . . . | 157,95 | 168,— | 175,55 | 181,80 |
| 100 französische Franken . . . | 323,35 | 333,35 | 352,65 | 359,60 |
| 100 italienische Lire . . . | 226,25 | 235,25 | 237,25 | 237,25 |

Der letzte Rückgang der deutschen Mark wird mit spekulativen Verkäufen ausländischer hauptsächlich amerikanischer Wertpapiere deutschen Geldes an den fremden Börsenplätzen begründet. Auch die Devisenhandeler, die fremde Wechsel als Kapitalanlage oder zur Spekulation kaufen, regen sich wieder. Die Nachfrage ist so groß, daß die Devisenverläufer der Reichsbank die Gesamtbewegung nicht aufhalten konnten.

Auslandsaufträge für die deutsche Industrie. Ein großer Auslandsauftrag ist den Mannesmann-Werken in Düsseldorf zugefallen. Diese haben in scharfer Konkurrenz mit amerikanischen Firmen einen Auftrag auf Bohrrohre für die Vataba-Petroleum-Gesellschaft erhalten. Die betreffende Abteilung des Werkes hat damit für ein halbes Jahr Beschäftigung. — Die holländische Staatsregierung hat die Bauverrichtung einer großen Ziegelei für die staatlichen Bergwerke bei Limburg an eine deutsche Firma vergeben.

Soziales.

Die Betriebssicherheit im Bergbau.

Das schwere Unglück auf Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund, bei dem am 8. August zahlreiche Menschenleben vernichtet wurden, hat die Aufmerksamkeit mehr wie bisher auf die Mängel der Seilschaft gerichtet. Im Interesse der Betriebssicherheit der auf den Zechen beschäftigten und mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der am Seile fahrenden Arbeiter und Beamten muß die veraltete Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Dortmund vom 11. Januar 1911 einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen werden.

Von einem Mitgliede der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau erhalten wir in dieser Angelegenheit eine längere Zuschrift, der wir folgende Forderungen entnehmen:

- Der Dienst der Fördermaschinen und der übrigen bei der Seilschaft tätigen Personen darf nur mit der Seilschaft beginnen.
- Strenge Verbot aller Heberfahrten für das bei der Seilschaft tätige Personal und sonstige Personal.
- Beseitigung aller Ausnahmestimmungen, die ein Entgegenkommen an die Werkverwaltungen auf Kosten der Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter bedeuten. Hierunter fallen auch die im § 9 Abs. 3 der Bergpolizeiverordnung genannten Ausnahmestimmungen, da als erweisen zu betonen ist, daß alle bisher vorhandenen Sicherheitsapparate im entscheidenden Moment versagen, die daher niemals das Vorhandensein eines zweiten Maschinisten bei der Seilschaft zu erreichen vermögen.
- Gründliche Auswahl des zur Seilschaft verwandten Maschinistenpersonals auf Grund körperlicher, geistiger und maschinensachlicher Eignung. Abgang zur Ablegung einer Prüfung vor der Bergbehörde unter Hinzuziehung eines Maschineningenieurs, erst dann und nur dann nach bestandener Prüfung Verpflichtung durch den Revierbeamten.
- Sofortige Revision aller übrigen Seilschaftsbestimmungen der Bergpolizeiverordnung unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenchaft. Darüber hinaus:
- Hinzuziehung von sachkundigen Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenchaft zur Seilschaftskommission.
- Schaffung von Arbeiter- und Angestelltenbeiräten bei den Oberbergämtern.

Werden diese dringenden Forderungen nicht möglichst bald ihrer Verwirklichung entgegengebracht, besteht die allergrößte Gefahr, daß in absehbarer Zeit ein zweites „Kaiserstuhl“ namenloses Unglück heraufbeschworen wird.

Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. August (Reichs-Gesetzblatt Nr. 173) sind die Bestimmungen der Reichsordnung über Erwerbslosenfürsorge in einigen Punkten verbessert worden. Im § 9 ist festgesetzt, daß die Feststellung einer kurzen Wartezeit von höchstens einer Woche für die Erwerbslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer dem Ermessen der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes überlassen ist. Den dabei vorgezeichneten weiteren Befähigungen ist hinzugefügt worden, daß auch Personen, die unmittelbar vor Eintritt der Unterstellungsbedürftigkeit Kurzarbeit geleistet haben und deshalb Lohnföhrungen unterworfen waren, keiner Wartezeit unterworfen sind. Die für

Kurzarbeiter festgesetzte Höhe des noch erzielten Wochenarbeitsdienstes, der maßgebend für eventuell zu gewährenden Erwerbslosenunterstützung ist, wird herabgesetzt. Wer wegen vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnföhrungen erhalten Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages erhalten, sofern 60 vom Hundert (bisher 70) des Wochenarbeitsdienstes die Unterstühtungsbetrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen. Dieser Satz kann auf 50 (bisher 60) im Falle eines besonderen Bedürfnisses mit Ermächtigung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen herabgesetzt werden. Nach § 12 dürfen Unterstühtungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge für die Beurteilung der Bedürftigkeit nur zu zwei Dritteln ihres Betrages in Betracht gezogen werden. Zinsen von Spargroschen und dergleichen sind dagegen voll anzurechnen. Durch Hinzufügen eines neuen Absatzes wird bestimmt, daß Unterstühtungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht, von jeder Anrechnung freibleiben.

Aus aller Welt.

„Reinigung“ in Brünn. Trodten die Legionäre des zehnten Regiments zur Zeit der vorjährigen Schilder für me noch in Sibirien weilten, waren sie der Ansicht, ihre Kameraden hätten ihnen noch ein Stück der Reinigungsarbeit übrig gelassen, und machten sich ans Werk; es berichtig ihnen dabei nicht, daß die Werte, die sie zerstörten, nichts mit Österreich zu tun hatten. Samstag gegen ein Uhr nachmittags erschienen zwölf Mann des Regiments beim Pächter des „Deutschen Hauses“ und verlangten die sofortige Entfernung des an der Stirnseite angebrachten Wappens, eines Ablers der Stadt aus dem Jahre 1645, das sie für ein österreichisches hielten. Sie erklärten, das ganze Regiment sei über dieses Wappen „erregt“ und man könne für nichts stehen, wenn es nicht sofort entfernt würde. Um zwei Uhr würden sie ohne Bewilligung das Wappen selbst entfernen. Um zwei Uhr erschien die Deputation wieder, während etwa achtzig Legionäre vor dem Hause warteten. Der Sprecher verlangte jedoch, daß man sie in den Bodenraum, dessen Fenster in der Nähe des Wappens sind, führe. Die Legionäre begaben sich auf den Dachboden und von den runden Bodenfenstern aus stiegen acht Mann auf die zum Wappen führende Rampe und bearbeiteten mit mitgebrachten Hacken und Krampen das Wappen. Die Umrahmung und die Krone wurden nach einer einstündigen Arbeit vernichtet, das Wappen selbst, das aus hartem Stein gefertigt ist, widerstand den eifrigsten Bemühungen. Der Ingenieur Baumgartner, der durch eine Bemerkung „provokiert“ haben soll, wurde verprügelt. Schließlich begaben sie sich, gefolgt von einer hundertköpfigen Menge, die mit anfeuernden Rufen die Zerstörungen begleitet hatte, zum Winterholler-Denkmal. Winterholler ist der verdienstvolle Bürgermeister gewesen. Die Genußfigur am Sockel wurde beschädigt und die Wüste Winterhollers zerstört. Nachdem dies vollendet war, zog man zum Rathaus, wo die große Allegorie am Dachrand der Stirnseite schwer beschädigt wurde. Vier Legionäre arbeiteten während einer Stunde daran, den vier allegorischen Figuren, die mit Österreich natürlich nichts zu tun haben, die Köpfe abzuschlagen. Da sich das Material aber sehr widerstandsfähig zeigte, dauerte es eben sehr lange, ehe der Kopf einer Steinfigur vollends vernichtet war. Die kloßwärenen Steinsplinter flogen unter großem Getöse auf die Straße, wo sich eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden hatte, die mit Beifallsclandgebungen nicht lagerte. Nachdem auch dieses Werk vollendet war, zogen die Legionäre schließlich betrieblig ab. Das Schiller-Denkmal wurde von den Denkmalsrätern gleichfalls aufgesucht, doch fand es schließlich Gnade vor ihren Augen. Auch die Statue Wieslans des Schmieds am Rinderhaus wurde nach längerer Gerichtsberatung freigesprochen und blieb vor der Lynchjustiz der Legionäre verschont.

Verlust deutscher Schiffe. In Romgata wurden die zum Schutz der deutschen Schiffe, welche Kohle nach Danemark bringen sollen, ausgeschickten Polizisten von der Menge mit Steinen und Haischen beworfen. Mehrere Polizisten wurden verwundet. Die Polizei zerstreute die Menge.

Schiffbruch. Der auf der Fahrt von Kiel nach Ewincünde befindliche 1500 Tonnen große Dampfer „Gammoria“ stieß in der Ostseefahrt des Fehmarnlandes auf ein Brad. Der Dampfer sank sofort; die Besatzung konnte nur das nackte Leben retten.

Der verschwundene Graf. Der nach England gebrachte irische und liche Erzbischof Mannix ist zusammen mit seinem Sekretär plötzlich verschwunden.

Wegen Diebstahls zum Tode verurteilt. Das polnische Kriegsgericht Liwa verurteilte einen Sergeanten und einen Unteroffizier wegen Entwendung zweier Automobile mit Waffen, die einen Wert von 18 000 M. hatten, zum Tode.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage möge man einen Nachnamen und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Ullige Anfragen trage man in der schriftlichen Form, Einreichung, 3. 1. Hofpostamt, 10. 10. 1919. Schriftsätze und Beträge sind mitzubringen.

M. A. 13. Ja. — Godeanu 31. Werden Sie beim Kreisamt in der Provinz zu beziehen. 2. 10 Proz. von den ersten 50 000 M., 20 Proz. von 2-100 000 M. — W. N. 75. 1. Rufen Sie das Kreisamt an. 2. Erklären Sie beim Gemeindevorstand. 3. Nein, jedoch kann dem Vermieter ein über den höchstzulässigen Pachtbetrag bewilligt werden. 4. Nein, 5. Darüber erhalten Sie besonderen Bescheid. — W. N. 1819. Klagen Sie die zuständigen Unterabteilungen, soweit sie noch nicht verjährt sind, ein. — W. N. 32. Ja, sofern die Beträge ohne Verfall des Arbeitgebers verjährt entrichtet sind.

Herbstkleidung

| | |
|---|--|
| Gummi-Mäntel maugrau, modifarben mit Gürtel . . . früher 700 jetzt M. 375 | Jackett-Anzüge modern verarb. in allen mögl. Farbenstellungen |
| prima Dubelmäntel . . . früher 1450 jetzt M. 900 | früher 1200 jetzt M. 950 früher 900 jetzt M. 650 |
| Paletots marengo, sehr gut verarbeitet früher 700, jetzt M. 535 | früher 1400 jetzt M. 1100 früher 1150 jetzt M. 790 |
| Covercoats in den neuesten Farnen früher 1000, jetzt M. 825 | aus echt englischen Stoffen früher 1950, jetzt M. 1250 |
| Hosen geschmackvoll gestreift, herabgesetzt 170, 200, 250, 300, 320 und M. 90 | mit marengo Chev. herabg. 575 |
| Wollene Wäsche, Stutzen, Oberhemden, Kragen p. d. sehr billig! | Bozener Mäntel a. Imprgn. Led. stoff, herabg. auf 390 |

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine Filialen mehr**

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Wohnungs-Tausch.

Suche in Berlin oder Vorort 3-4 Zimmer-Wohnung, Geb. 3-Zimmer-Wohnung in Scherleben (Hort).

Jeant. W. S.
Märktgrabenstraße 50.

Ein neues Gesicht

von vollkommener Reinheit des Teints durch meine seit 30 Jahren berühmte „Gaußschäfer“, das einzige Mittel, welches die Gesichtsoberhaut erneuert und von den hartnäckigsten Hautunreinigkeiten über befreit. Herzlich empfohlen Dr. M. D. Otto Reichel, Berlin 43. Glienbahnstraße 4.

Raufmännisches Gewerliches Technisches

Personal jeder Branche erhalten Sie auf eine Anzeige im Arbeitsmarkte des „VORWÄRTS“ der in den Kreisen der Angestellten u. Arbeiter allgemein gelesen wird

Selt über 1/2 Jahrhundert

Rauch-Kaffee

Riesen-Auslese
Invalldenstraße 164
EckhausBrunnenstr. Nord4336

Kranken Frauen

teile ich kostenfrei mit, wie ich von meinem langjähr. Leiden (Nervenmit, Rheuma, Schwäche, Schlaflos) in kurzer Zeit befreit wurde. Klafort erbeten.

Frau D. Koopmann,
Berlin 117, Weidenb. Str. 104.

An- und Verkauf von Waffen aller Art!

! Herbeiführen gelohnt!
Julius Heßner, W. 8, Markgrafenstr. 31.

Sieben erschienen im Internationalen Verlag Zürich:
H. Bergmann, J. Smilga, L. Trotzki:

Die russische sozialistische Rote Armee.

Aus dem Inhalte: Der Zerfall d. Imperialist. Armee / Rote Armee / Die früheren Offiziere / Das Prinzip der Die Rote Garde / Worin besteht die Macht der Roten Wählbarkeit / Die militärischen Räte / Die politische Armee / Die Roten Kommandoführer / Die Rote Armee Arbeit und die Kommunisten. 1010b

— eine Klassenarmee d. Proletariats / Die Internationale 94 S. Preis M. 3,50

Zu beziehen durch die Buchhandlung der K. P. D., Neukölln, Warthestr. 69, durch die Arbeiterbuchhandlung Berlin, Annenstr. 1, sowie durch alle Buchhandlungen.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen Sie selbst

Theater, Lichtspiele etc.

Großes Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Lysistrata (9. Abt., S. A.)
8 Uhr: Julius Caesar (10. Abt., S. A.)
9 Uhr: Julius Caesar (11. Abt., S. A.)

Deutsches Theater.
8 Uhr: Fioh im Panzerhaus.
Kammerspiele.
8 Uhr: Weltstufel.

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bf. Zoo).
8 Uhr: Bäche der Pandora.

Schiller-Theater.
8 Uhr: Habenvater.

Königgrätzer Straße.
1/2 Uhr: Geständnis.

Berliner Theater.
1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Central-Theater.
7 1/2 Uhr: Die verschwund. Pauline.

Deutsches Opernhaus.
Sonntag 6 1/2 Uhr: Tannhäuser
Mont. 7 Uhr: Prinz v. Trapezunt

Die Tribüne.
8 Uhr: Bunbury.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Bac.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Elise Lensing.

Komische Oper.
7 1/2 Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus.
7 1/2 Uhr: Der ungetreue Eckehart

Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: Im weißen Röss'l

Neues Central-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus.
Geschlossen, in Vorbereitung.

Die Calkosbarones.
Neues Volkstheater

Familie.
Thalia-Theater

Thalia-Theater.
7 1/2 Uhr: Röhle die Tänzerin.

Theater des Westens.
7 Uhr, zum 1. Male:
Der ersten Liebe goldene Zeit.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Graf von Luxemburg.

Volksbühne.
Theater am Bölowplatz.
3 Uhr: Fiedermaus.

Lessing-Theater.
Sommerzeit
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin

Deutsches Künstler-Theater.
Abendlich 8 Uhr:
Clubleute

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Abendlich 8 Uhr:
Hansl Arnsdadt in

Untreu.
Sonntag 4 Uhr: Der Störenfried

Admirals-Palast.
7 1/2 Uhr: D. Just. Puppe

Theater a. Kottbus. Tor.
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.

Winter-Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: Paul Beckers

Reliehall-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger

Dr. med. Grüterling.
Haut-, Harn-, Unterleibsleid
n. Männ. u. Frauen, Blasenst. u.
Invalidenstraße 35, Ecke
Chausseest. Stett. Bf. Str.
Wochentäglich 11-1, 1/2-1/2

Residenz-Theater.

Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Untergrundbahn Klosterstr.
Abendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Die Raschoffs
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. - Tgl. 1/2, 3/4.
Das gr. Eröffnungsprogramm
mit dem neuen Schlager:
Knorp's sel. Witwe
und „Anschluß verpaßt“.
Singspiel mit Viktor Litzek.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Gebrüder Zorn.



2. Wechsel
Der 1. Gloria-Film von J. Louis / E. J. Dupont
Der weiße Pfau
Tragedie einer Tänzerin
mit Grit Hegess und
Hans Mierendorf
Regie: E. A. Dupont

Mozartsaal: 3. Wechsel
Die goldene Krone
s. d. gleich. Sonnt. Olga Wohlbrück
1. Henny Porten - Film 1920/21
Hauptdarsteller:
Henny Porten
Hartmann / Thimig / Valentin
Regie: Alfred Halm

Föhn
Dramatischer Film in 5 Akten
von Hans Brunnert
und Wilhelm Rath
Regie: Hans Werkmeister

Professor Rehbein radelt!
H. B. Lustspiel
mit Leo Peukert

Der verbotene Weg
Ein Drama mit glücklichem Ausgang
Mit Edith Poska - Lupu Pick
John Gottowt

Der Sprung ins Dunkle
Schauspiel in 8 Akten
Stalla Hart / Arnold Marling
Regie: E. Reichar

Figaros Hochzeit
Hauptrolle:
Heila Moja
Regie: Max Mack
Verteiler: Hans Brunnert

Kakadu und Klebitz
Lustspiel von
Schönfelder und Uhl

Ossi Oswald
in der Hauptrolle
Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags Beginn 4 Uhr

Gumuruh
Uraufführung
am 1. Sept. im
UFA-PALAST
am Zoo

Gegründet
1899



Lampions Riesens.
Auswahl
billig
Stockaternen - Lichte dazu
Sommer- u. Volksfestartikel, Mützen,
Scherz- u. Verlosungsart., Spielwar.
reichhalt. Sortimente f. Garten,
Land u. Wasser.

Bengal-Feuer
Wiederverkäufer billigste Preise.
Lagerbesuch sehr lohnend!
Versand nach auswärts sofort
Scherzartikel-Fabrik A. Maas & Co.
Berlin 35, Markgrafenstr. 94, an der Lindenstr. Gr. illustr. Liste

3 seltene Bücher F. E. Bilz
III. Aufl.
Die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturst. u. Bestformerschläge jun. geschnitten Bild. 7.50, geb. 10.
Tote leben! mit 32 Bestirbungsphotographien. Tz. 7.50, geb. 10.20.
Mit 76 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1.20.
Für jede Buchhandlung unentbehrlich. Bilz Verlag, Leipzig.

Riesens. Auswahl
billig

Bengal-Feuer
Wiederverkäufer billigste Preise.
Lagerbesuch sehr lohnend!
Versand nach auswärts sofort
Scherzartikel-Fabrik A. Maas & Co.
Berlin 35, Markgrafenstr. 94, an der Lindenstr. Gr. illustr. Liste

3 seltene Bücher F. E. Bilz
III. Aufl.
Die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturst. u. Bestformerschläge jun. geschnitten Bild. 7.50, geb. 10.
Tote leben! mit 32 Bestirbungsphotographien. Tz. 7.50, geb. 10.20.
Mit 76 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1.20.
Für jede Buchhandlung unentbehrlich. Bilz Verlag, Leipzig.

3 seltene Bücher F. E. Bilz
III. Aufl.
Die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturst. u. Bestformerschläge jun. geschnitten Bild. 7.50, geb. 10.
Tote leben! mit 32 Bestirbungsphotographien. Tz. 7.50, geb. 10.20.
Mit 76 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1.20.
Für jede Buchhandlung unentbehrlich. Bilz Verlag, Leipzig.

3 seltene Bücher F. E. Bilz
III. Aufl.
Die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturst. u. Bestformerschläge jun. geschnitten Bild. 7.50, geb. 10.
Tote leben! mit 32 Bestirbungsphotographien. Tz. 7.50, geb. 10.20.
Mit 76 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1.20.
Für jede Buchhandlung unentbehrlich. Bilz Verlag, Leipzig.

Im Zollhaus

von H. Jäger
Ein Befreiungsbuch
Hier Kapital, nieder-
gefallen im letzten
Kampfe des Erb-
besitzes, können die
Händler die Erlösung
finden. In ihnen steht
die Erlösung
des Volkes. In ihnen
steht die Erlösung
des Volkes. In ihnen
steht die Erlösung
des Volkes.

Möbel
Lieferung
zu herabgesetzten
Preisen auf Teilzahlung
mit kleiner Anzahlung.
Büro, Wohnzimmerei,
Wohnzimmer, Schlaf-
zimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen

Beiser
Lothringer Str. 67.

Metallankaufsstelle
Osten.
Grüner Weg 80
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Führer
durch das Reichs-
Einkommensteuer-
Gesetz

RUDOLF WISELL
gibt über alle Bestimmun-
gen des Gesetzes, wie:
Lohnabzug u. Steuerkarte,
steuerpflichtiges u. steuer-
freies Einkommen, Abzüge
usw., unter Anwendung
praktischer Beispiele und
Tabellen sichere Auskunft.
Preis Mk. 2,50 + 20%
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Waffen
aller Art kaufen und
verkauf. Frank & Co.
W 8, Markgrafenstr. 50

Tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damenkonfektion
sofort gesucht.

Meldungen: 12-2 Uhr mittags,
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Blumendinerinnen.
siehe u. Seite 113. 207
Berliner bei gelisteter Arbeit
bestimmt durch Arbeitsnach-
weise der Stadt Berlin,
Waldstr. 9 (9-3).

Friedrichsroda Thüringer Wald

430-710 m ü. d. M.
Beliebtester Sommer- u. Winterkurort Thüringens mit
Schloß u. Park Reinhardsbrunn. Alle hygien. Einrichtung.
Voller Kurbetrieb. Prospekt: Stadt. Kurverwaltung

Pferdeversteigerung.
Am 23. 8. 20, vormittags 9 Uhr, werden auf dem Hofe
Magazinstr. 3-5 mehrere Fohlen meistbietend gegen so-
fortige Barzahlung versteigert.
Sicherheitspolizei
Polizei-Abteilung Friedrichsroda.

Dr. Georg Flatow:
**Kommentar zum Betriebs-
rätegesetz**
ist für jed. Interessent unentbehrlich.
60-70 Tausend. Brosch. 9, geb. 11 Mk.
Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstr. 2

Umlernen
muß heute die
ganze Welt, je-
doch gar mancher
wird davon be-
sonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen
Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast un löslichen
Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine
bessere Stellung zu verschaffen, bietet die Methode Rustin
(5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als
Mitarbeiter), ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter ener-
gischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen
Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissensch. geb.
Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte,
Eink.-Frei.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberreal-
schule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschulelehrerprüf., 2. weite
Lehrerprüf., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule
Ackerbausch., Präparand., Konservatorium. Ausführlicher
Prospekt über bestandene Examen kostenlos durch

Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postf. 224

Viscetin
kräftigst alle:
Kinder, Greise, Schwächliche, Kranke,
Reconvaleszenten, stillende Frauen
& Wöchnerinnen, Bleichsüchtige, Magen-
Darm-, Lungen-, Gemütsleidende
zu haben in allen Apotheken & Drogerien
Schöbelwerke, Dresden-16

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,
ohne Berufsaufstörung. Aufklärende, behaltende
Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem
Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Kupfer 12,50 Messing 6,-
Quecksilber 65,-
Weißlager b. 25,- Zinn b. 35,-
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Gnadengesuche,
Landgerichtsrat Dr. v. Kirschbach, Gesellschaft m. b. H.,
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet, Tel: Kölnstr. 3595.

Waffen
aller Art kaufen und
verkauf. Frank & Co.
W 8, Markgrafenstr. 50

Tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damenkonfektion
sofort gesucht.

Meldungen: 12-2 Uhr mittags,
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Blumendinerinnen.
siehe u. Seite 113. 207
Berliner bei gelisteter Arbeit
bestimmt durch Arbeitsnach-
weise der Stadt Berlin,
Waldstr. 9 (9-3).

Möbelfabrik Robert Seelisch
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Berlin O 112, Rigauer Straße 71-73 a
Gegründet 1876. Versand nach allen Plätzen Deutschl.
gute Möbel-Einrichtungen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume
Lagerräume: 6696 Met. groß.

Zigarren
Suche noch einige Dauer-
abnehmer für Zigarren (keine
Binarillos) in der Preislage
400 bis 900 pro 1000, 1/2 und
1/4, verpackt, Probe + Paket
600 Stück fortier.
60 Kleinverpackt 100 Stk. 42.-
70 " " " " " " 54.-
80 " " " " " " 60.-
90 " " " " " " 65.-
1.- " " " " " " 72.-
1.20 " " " " " " 80.-
Zigarillos
von 240-400 Stk.
Fritz H. Ziegler,
Berlin 68, Kochstraße 30

NIKOLAUS OSTERROTH
Dom Beter zum Kämpfer
VERLAG-BUCHHANDLUNG VORWÄRTS BERLIN
Preis 7,20 Mark

Tüchtige Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damenkonfektion
sofort gesucht.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags,
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Wo bleibt die Reichsregierung?

Die „Deutsche Tageszeitung“ für Rote Armeen.

Wo bleibt die Reichsregierung? Diesen beweglichen Algorismus stößt die „Deutsche Tageszeitung“ aus, indem sie genau wie vor einigen Tagen die „Kreuz-Zeitung“ eine Art Reichsregierung fordert. Wir lesen da:

Wo aber bleibt die Reichsregierung? Wozu haben wir in der republikanischen Verfassung die ausdrückliche Feststellung in Artikel 13, daß das Reichsrecht Landrecht bricht, und wozu die Bestimmung in Artikel 15, daß die Reichsregierung in den Angelegenheiten, in denen dem Reich das Recht der Gesetzgebung zusteht, die Aufsicht übt?

Der diese Sache außerhalb ihres Zusammenhangs liest, müßte ganz selbstverständlich meinen, daß sich ihr Sinn auf Bayern bezieht. Denn Bayern weigert sich, das Reichsgesetz über die Entwaffnung anzuerkennen und die Einwohnerwaffen gemäß diesem Gesetze abzugeben. Hier also wäre die Erinnerung an das Aufsichtrecht des Reiches voll am Platze. Aber nein, das reaktionäre Blatt wünscht die Reichsregierung nicht gegen das ungehörige Bayern, sondern gegen die preussische Regierung, weil diese getreu dem Entwaffnungsgesetz die Organisation Escherich auflöst und verbietet.

Das soll nach der „Deutschen Tageszeitung“ rechts-widrig, verfassungswidrig und Gott weiß was alles sein. Dabei beweist der Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“, der den Genossen Sebering und Hörsing wegen ihrer angeblichen Gesehenskenntnis die Leuten liest, daß sein Verfasser selber keine Ahnung von der Rechts-widrigkeit des preussischen Vorgehens darauf, daß das Reichsentwaffnungsgesetz noch nicht in Kraft sei. Ein fundamentaler Irrtum! Das Gesetz als solches ist in Kraft, es ist nur noch nicht in Wirksamkeit, weil der Reichskommissar bisher die notwendigen Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen hat. Dieser Rechtsunter-schied mag dem Laien klein erscheinen, aber für das Vor-gehen des preussischen Innenministers ist gerade die Tat-sache, daß das Entwaffnungsgesetz in Kraft ist, von großer rechtlicher Bedeutung.

Am meisten blamiert sich der Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ aber, wenn er die „Rechtswidrigkeit“ des preussischen Vorgehens mit dem Art. 124 der Reichs-verfassung begründet, der besagt:

„Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dieses Recht kann nicht durch Vorbe-haltungsmaßnahmen beschränkt werden.“

Im Anschluß daran schreibt der Leitartikel der „Deut-schen Tageszeitung“ nämlich, daß nach diesem Artikel die Staatsbürger zweifellos auch das Recht hätten, Vereine zum Selbstschutz zu bilden. Ein Gesetz, das diese ver-bietet, sei es außer dem (nach seiner falschen Ansicht) noch nicht in Kraft befindlichen Entwaffnungsgesetz nicht.

Der gute Mann scheint völlig zu vergessen, daß nach dem allgemeinen Strafgesetz die unbefugte Bildung be-waffneter Gassen als solche strafbar ist. § 127 St.G.B. stellt die unbefugte Auffstellung bewaffneter For-mationen unter Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren. Wer also eine bewaffnete Organisation bilden will, bedarf dazu besonderer behördlicher Erlaubnis. Solche Erlaubnis hat der Or-gesch für Bremen aber weder die Landesregie-rung noch die Reichsregierung erteilt. Die Or-gesch verstößt damit gegen das allgemeine Straf-gesetz und genießt daher den Schutz des Artikels 124 der Reichsverfassung nicht.

Bei einiger Ueberlegung hätte sich übrigens der Leit-artikler der „Deutschen Tageszeitung“ fragen können, daß ge-mäß seiner Definition des Artikels 124 der Reichsverfassung auch die Spartakisten das volle Recht zur Bil-dung bewaffneter Selbstschutzorganisationen haben würden. Das ist die unabweigerliche Konse-quenz seiner Verfassungsauslegung. Es ist sehr interessant, daß hier die „Deutsche Tageszeitung“ das Recht des Zusam-menschlusses aller Bevölkerungskreise zu bewaffneten Organi-sationen verteidigt, damit also auch die Bildung Roter Armeen usw. ausdrücklich für gesetzlich und ein Einschreiten der Regierung dagegen für verfassungswidrig erklärt. Denn jedes Wort, das sie hier zum Schutze der Orgesch sagt, gilt auch zum Schutze der Roten Armee.

Mag die „Deutsche Tageszeitung“ selber daraus ersehen, wohin blinder Eifer und bodenlose Rechtsunkenntnis führen.

Orgesch, Schieber & Co.

Aus Pommern wird uns geschrieben:

Während der „Rapp“-Zeit florierete in Neustettin unter dem Kapitänleutnant Rath eine sogenannte Nachrichtenabtei-lung mit einer großen Anzahl als „Kriminalbeamte“ für innere Angelegenheiten tätiger Geheimagenten. Die Nachrichtenabtei-lung soll aufgelöst sein, einer der „Kriminalbeamten“ läuft aber noch in Uniform und mit Waffen, manchmal auch in Zivil, im Städtchen umher. Was er treibt, weiß man nicht. Sein ehe-maliger Chef, von dem man doch annehmen konnte, daß er gleich-zeitig mit dem Rapp-Buch erledigt gemessen sei, ist beim In-fanterie-Führer II in Kolberg aus Privatleistungsvertrag für innerpoli-tische Angelegenheiten angestellt. Vielleicht erkundigt sich das Reichswehrministerium einmal danach, was das für „innerpolitische Angelegenheiten“ sind, welche die Anstellung ehemaliger Offiziere auf Privatleistungsvertrag erforderlich macht, und wer die Mittel zur Befoldung dieser Sorte Privatangehöriger bezieht.

Die ehemalige Nachrichtenabteilung unter Kapitänleutnant Rath hat, wie einmündig feststeht, einen schwunghaften Handel mit ihren Pferden getrieben, und die dabei von den Bauern vereinnahmten Gelder sind zwischen Rath, einem Leutnant a. D. Koeseler, einem bereits verhafteten Feldwebel Graumann und mehreren Soldaten der Nachrichtenabteilung geteilt worden. Wegen dieser Schieberereien ist Graumann verhaftet worden, Rath und Koeseler dagegen nicht. Der letztere, wie auch eine große Anzahl enkkassierter Feldgendarmen, halten sich jetzt als „Güterhüter“ in Pommern und Westpreußen auf — Orgesch!

Herr von Herberg-Bottin verfügt z. B. über einen gut bewaffneten „Güterhüter“, bestehend aus einem Offizier und 25 Mann. In ähnlicher Art sind fast sämtliche Güter Pommerns durch die Orgesch „gesichert“. Vielleicht wird beim Brotvertrieb auch dieser Unrat beseitigt.

Zur Erweiterung in schwerer Zeit. Großbritannien soll Rechtens Unabhängigkeit proklamieren wollen. Said Baglal Balkha in London freut sich bereits. — Die albanische Regierung, die Kalona von den Italienern zurückhält, will diese gegen innere Schwierigkeiten zu Hilfe rufen.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Vor einigen Wochen waren die Ernährungsminister der Länder in Berlin versammelt, um eine rein informatorische Besprechung über den Abbau der Zwangswirtschaft zu führen. Ueber diese Besprechung sind bereits irreführende Veröffentlichungen in die Presse gekommen. Bayern und Baden sind sogar dazu gekommen, die Zwangswirtschaft für Fleisch und Vieh aufzuheben. Da diese Maßnahmen durch das Reich eingeführt sind, so hat kein Staat das Recht, für sein Gebiet die Reichsvorschriften aufzuheben. Die Staaten werden also genötigt werden, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen.

Ueber die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch wurde nun im fünften Reichstagsauschuß einen ganzen Tag diskutiert, obwohl kein dahingehender Entwurf vorlag. Also auch diese Debatte, in der so ziemlich alle Argumente für und gegen Zwangswirtschaft vorgebracht wurden, hatte in der Hauptsache nur einen informatorischen Charakter. Am Schlusse der Debatte wurden folgende Entschlüsse angenommen:

1. Die Zwangswirtschaft für Fleisch wird spätestens bis zum 1. Oktober aufgehoben; die Einfuhr von Futtergetreide, insbesondere von Mais, soll sofort freigegeben und das Reichsfinanzministerium ersucht werden, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um durch eine Ver-billigung des Mais eine ausreichende Ernährung des Viehes zu ermöglichen und die Verfütterung des Brotgetreides zu vermeiden. Das Reichs Ernährungsministerium soll alle Maßnahmen ergreifen, um bis zum 1. Oktober etwa zwei Millionen Tonnen Brotgetreide zu sichern, und es ist nur dann die Freigabe der Viehwirtschaft zu empfehlen, wenn diese Sicherung erreicht ist.

2. Die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Freigabe der Fleischbewirtschaftung im Inlande dafür zu sorgen, daß bei der Reichsfleischstelle dauernd die Gestaltung der Ein-fuhr von Fleisch überwacht wird und die Einfuhrmengen an die Hauptbedarfsstellen geleitet werden. Wir sprechen ferner die Erwartung aus, daß auch künftig in den Hauptbedarfsgebieten Auslandsfleisch, nachdem es aus Reichsmitteln verbilligt ist, aus-gegeben wird.

Am Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags berichtete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Herms: Bis zum 15. August waren rund 162 000 Tonnen Brot-getreide abgeliefert gegen 280 000 Tonnen im Jahre 1919 und 275 000 Tonnen im Jahre 1918 (wobei die Mengen aus den abgetretenen Gebieten bereits abgezogen sind). Wenn diese Zahl auch noch nicht voll befriedigen kann, so gestattet sie doch einen Rück-schluß auf die zu erwartende Sicherstellung unserer Brot-getreideversorgung. Für die Beschaffung von Futtermitteln soll die baldige Regelung der freien Maiseinfuhr Erleichterung schaffen.

In der Debatte erklärte der Minister, daß dem Landwirt Ein-schränkungen beim Verbrauch von Hafer für seine eigenen Wirt-schaftszwecke nicht auferlegt werden dürfen. Die deutsch-nationalen Ausschußmitglieder haben einen Aufruf an die Landwirte erlassen, alles zu tun, um ihrer Ab-lieferungspflicht von Brotgetreide zu genügen, um die Aufhebung der Zwangswirtschaft von Fleisch möglich machen zu können.

Nach den Ausführungen des Ministers ist augenblicklich eine Verbilligung von Ausländern nicht möglich. Die Industrie rüsst sogar zu einer weiteren Preissteigerung, der sich der Minister aller-dings widersetzt. Durch Reichsmittel eine Verbilligung her-beizuführen, ist bei dem Werteverfall, die Zwangswirtschaft abzubauen, auch nicht möglich. Der Minister plant, die Düngemittelindustrie mit Kohlen stärker zu beliefern und dadurch ihre Produktion zu steigern. Er prüft die Frage, ob die Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdüngern nicht in Verbindung gebracht werden kann mit der Ablieferung von Getreide. Den Abbau der Zwangswirtschaft hält der Minister nicht für möglich, spricht sich aber für die Gewährung von Erleichterungen aus, z. B. Ueberlassung der Re-lasse an die Landwirte, 25 000 Tonnen überschüssige Stickstoff-düngemittel sollen nach dem Auslande ausgeführt und mit dem erzielten Gewinn eine Preisfestigung herbeigeführt werden.

Dieser Ausfuhr stimmte der Ausschuß zu. Mit dem erzielten Ueberertrag soll auch eine Senkung der Preise angestrebt werden. Die Regierung legte die Prüfung der Gestehungskosten und Preise für Kunstdüngemittel sowie der Gewinne der Industrie zu.

Deutsche Saarnote.

Eine Note Deutschlands an die Saarcommission schließt aus dem Friedensdiktat, daß der Beamtenkörper im ganzen in die neue Rechtsordnung übernommen werden sollte, unbeschadet des Rechtes der Regierungskommission, einzelne Beamte aus be-sonderen Gründen zu entfernen.

Statt nun aber, wie nach Lage der Dinge geboten, die Rechts-verhältnisse der Beamten zu regeln, hat die Regierungskommission den Abschluß eines allgemeinen Beamtenabkom-mens mit der deutschen Regierung abgelehnt, und auch die Ver-handlungen mit den Beamtenorganisationen haben infolge der Haltung der Regierungskommission nicht zu einer Einigung ge-führt. Der von der Regierungskommission aufgestellte Entwurf sieht vor, daß über die Entlassung und über die Unfähigkeit oder Unangehörigkeit eines Beamten nicht mehr im Wege eines ordent-lichen, gerichtlichen Verfahrens, sondern durch den Ausspruch des Vorgesetzten entschieden wird. Der Entwurf will ferner den Beamten das Vereins- und Koalitionsrecht weitgehend ein-schränken, auch bietet er die Sonderrechte der Einseitigkeit des Beamtenkörpers durch Einstellung von Ausländern zu zer-stören. Es liegt auf der Hand, daß keinem Beamten zugemutet werden kann, sich mit einer derartigen Minderung seiner Rechte einverstanden zu erklären. Die Gegenwortsätze der Beamten sind verworfen worden.

Nach Verhängung des verschärften Belagerungszustandes hat die Regierungskommission die Eisenbahnen militarisiert und das Personal als requiriert erklärt, obwohl die fortbestehenden deutschen Gesetze eine Requisition von Personen überhaupt nicht kennen. Sie hat weitere französische Truppenmengen ins Land gezogen und einem französischen General weitreichende Befugnisse übertragen, obwohl das Saargebiet nicht Okkupationsgebiet ist. Sie hat ge-duldet, daß diese französischen Truppen mit brutaler Gewalt gegen die Beamten vorgehen und wahre Jagden auf sie veranstalteten. Den Verhafteten wurde kriegsgerichtliche Verfolgung angedroht, was dem Friedensvertrage widerspricht.

In einer Proklamation der Saarregierung wird behauptet, der Streik sei von den Beamten vom Zaune gebrochen, und die Beamten seien Hebe- oder Werkzeug von Hebern, denen die deutsche Regierung mehrere Millionen für diese Agitation zur Ver-fügung gestellt habe.

Daß diese Proklamation den Tatsachen widerspricht, geht aus den obigen Angaben über die Ursachen der Streiks hervor. Hier von abgesehen, muß aber die deutsche Regierung die Vorwürfe und Beschuldigungen, die in der Proklamation gegen sie erhoben wer-den, insbesondere eine Verbilligung, daß sie den Streik gefördert aber gar finanziert habe, mit der größten Entschiedenheit zurück-weisen.

In vollkommen irreführender Weise hat die Regierungskom-mission die Bewegung der Beamten mit der Tätigkeit einer Organi-sation zur Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet in Zu-sammenhang zu bringen versucht. Wenn die deutsche Regierung

für diese Tätigkeit, die die Förderung der deutschen Musik, des deutschen Theaters, der deutschen Literatur und des deutschen Ver-einswesens zum Ziele hat, Mittel zur Verfügung gestellt hat, so wird sie sich ihr gutes Recht dazu auch künftig um so weniger be-schreiten lassen, als es sich hierbei lediglich um die Abwehr der be-kannten, mit reichlichen Mitteln arbeitenden Bestrebungen handelt, die das Ziel verfolgen, den deutschen Charakter des Saargebietes zu ändern.

Wieder deutsch!

Am Donnerstag ist das preussische Abstimmungsgebiet wieder in deutsche Verwaltung übernommen worden. Der Vizekanzler des Reichs, Dr. Heinze, und der preussische Minister des Innern, Genosse Sebering, sind zu diesem Zweck ins Abstim-mungsgebiet gereist. In Allenstein wurden sie vom Regie-rungspräsidenten und den städtischen Behörden begrüßt. Dr. Heinze hielt bei dieser Gelegenheit eine längere Ansprache, in der er der Freude und den Dank des Reichs über das treue Festhalten der Abstimmungsgebiete an Deutschland ausdrückte und dann fort-fuhr:

„Freude über den herrlichen deutschen Sieg in Ost- und West-preußen schallt natürlich auch über die im Frieden von Versailles gegengenen Grenzen Deutschlands hinaus zu den Bewohnern der an Polen abgetretenen Gebiete, und es ist nicht zu verwundern, daß dort bei vielen sehnsüchtige und wehmütige Gefühle aus-gelöst werden gegenüber ihren Vätern in den Abstimmungsge-bieten, welche über ihr zukünftiges Schicksal selbst entscheiden dürfen, Gefühle, welche vielleicht durch die jüngsten Ereig-nisse im Osten besondere Nahrung erhalten haben.“

Wir müssen uns immer wieder dessen bewußt bleiben, daß der Friede von Versailles, den wir unterzeichnet haben, für uns bindende Norm ist. In Ausführung dieses Vertrages hat die deutsche Reichsregierung in dem russisch-polnischen Konflikt ihre Neutralität erklärt. Sie ist entschlossen, diese unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und sich in keiner irgendwie ge-arteten Weise aus ihr herausdrängen zu lassen. Ich richte an Sie alle die dringende Bitte, die Regierung in dieser Haltung zu unter-stützen, welche sie in die Lage versetzt, dem polnisch-russischen Konflikt in voller Objektivität gegenüberzutreten, und bitte Sie, ge-rade hier im Osten alles zu vermeiden, was nicht mit der Neutralität vereinbar ist. Das Ziel von uns allen ist das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes. Jede un-überlegte Handlung der Deutschen, sei es hier, oder sei es im abgetretenen Gebiet, kann mit Leichtigkeit von unüberseh-baren Folgen für unser schwer geprüftes und hart bedrohtes Vater-land sein. Lassen wir uns durch nichts in unserer neu-tralen Haltung beeinflussen. Gatten wir überall auf Ruhe und Ordnung, vermeiden wir jede Keusung, die, mag sie noch so harmlos gemeint sein, von unübersehbarer Seite heftig ausgelegt oder ausgebeutet werden könnte.“

Die Pariser Ausweisung.

Paris, 19. August. (SFB.) Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erklärt einen Aufruf, in dem er gegen die Ausweisung der beiden englischen Arbeitervertreter Einspruch erhebt. Er übermitteln dem englischen Proletariat seinen brüderlichen Gruß und versichert es der engsten Zusammenarbeit gegen den Krieg und für die Unab-hängigkeit der Völker. Die französischen Arbeiter werden auf-gefordert, alles zu tun, um den Weltfrieden zu sichern. Der Ver-waltungsausschuß wendet sich auch gegen die Hilfe, die die franzö-sische Regierung dem General Wrangel zuteil werden lasse.

Sollte das wirklich die ganze Aktion gegen die Ausweisung Adamsons und Gohlings sein? Bis hierher scheint sie wenig Wirkung zu haben, denn:

Nach einer Meldung des „Matin“ ist der französische Geschäfts-träger in Vera Clichant zum französischen Ober-kommissar bei General Wrangel ernannt worden.

Deutschlands Entwaffnung.

Die englische Regierung erteilte im Unterhause folgende Zus-funft über Auslieferung und Zerstörung deutschen Kriegsmaterials bis zum 5. August:

Schwere Geschütze abgeliefert 5300, davon zerstört 2577. Feldgeschütze und Haubitzen abgeliefert 20 057, davon zerstört 15 898. Kleinere Waffen abgeliefert 1 570 038, davon zerstört 1 158 846. Flugzeuge und Wasserflugzeuge geliefert bis 31. Juli 1128, davon zerstört 818. Luft-schiffe ausgeliefert bis 31. Juli 1, davon zerstört 1.

Veranlaßt ist aber auch schon „L. 72“ an Frankreich aus-geliefert worden.

Unnütige Aufregung. Nach der B.S.-Korrespondenz behauptet eine Anzahl von Zeitungen, daß der Landrat von Spangere auf Antrag des Kreisrates Sangerhausen von seinem Amt ent-fertigt worden sei, da ihm als wesentlichste Schuld zur Last gelegt wurde, daß er an einer Versammlung des Akademiker-bundes Sangerhausen teilgenommen habe. Der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände hat denn auch gegen diese Amts-enthebung in einem Schreiben an den Minister des Innern Pro-test erhoben. Wie die P. P. N. dazu erfahren, kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß Landrat von Spangere in dem oben erwähnten Zusammenhang von seinem Posten entfernt worden sei. Der Landrat, der inzwischen in den Reichsfinanzdienst ein-getreten ist, ist bereits am 1. Mai aus allgemeinen poli-tischen Rücksichten beurlaubt worden. Von seiner Teilnahme an jener Veranstaltung hat das Preussische Ministerium des Innern erst nach der Beurlaubung des Landrats, und zwar durch jenen Protest des Akademikerbundes, die erste Kenntnis erhalten.

Ein anerkannter Justizirrtum. Der Anfang 1919 vom belgischen Rheinland nach Belgien transportierte und von einem belgischen Zivilgericht wegen seiner Tätigkeit am Ende der Okkupation in Belgien verurteilte deutsche Oberleutnant Wilhelm Hery aus Köln wurde nach erneuter Prüfung der Sachlage, nachdem die belgische Staatsanwaltschaft zum dritten Male den Freilassungsantrag gestellt hatte, auf dem Gnadenwege auf der Grundlage des Justizirrtums aus der belgischen Haft ent-lassen. In einer erneuten Aufnahme der Sache trug besonders das anerkannt würdige Verhalten des Oberleutnants Hery während der Haft bei, vor allem der Umstand, daß er, als ihm im Dezember 1919 aus Anlaß des Todes seines Vaters durch den belgischen Justizminister Vanderbelde eine einmonatige Rückkehr nach Deutsch-land gegen Ehrenwort gestattet worden war, diese ehrenwörtliche Verpflichtung durch pünktliches Wiedererscheinen aufs genaueste er-füllte. Hery ist bereits nach Deutschland zurückgekehrt.

Recht auf seinem Schein! Die französische Regierung lü-n-digte auf Grund des Friedensvertrages die Konfession der in Baden gelegenen Linien der Strahburger Straßenbahn-Gesellschaft von Wähl nach Rebl. Sie verweigerte den Weiterbetrieb und ent-ließ 40 badische Beamte. Nach Anordnung des Reichsverkehrs-ministeriums übernahm die Eisenbahndirektion Karlsruhe die Weiterführung des Betriebes und die Beamten.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung für das Reichssteuer-jahr ist endgültig bis Ende September d. J. verlängert worden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Betriebsrätekongress.

Wenn es eines Beweises bedürft hätte, daß die Gewerkschaften die Träger der Betriebsrätebewegung nicht nur sein müssen, sondern auch sind, so ist es die Tätigkeit, welche die Gewerkschaften bisher ausgeübt haben, um den Betriebsräten innerhalb der Gewerkschaften die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Funktionen zu geben. Am 21. Mai 1920 ist der Aufruf des K. D. G. V. und der Afa zur Erfassung der Betriebsräte erschienen. In schneller Folge wurden dann die Richtlinien, der Arbeitsplan, die Zeitsätze und die Normalleistungen für die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale herausgebracht. Rummer ist in der Arbeiterpresse der Aufruf zur Einberufung eines Betriebsrätekongresses nach Berlin zum 4., 5. und 6. Oktober erschienen.

Schneller, als weite Kreise der Betriebsräte wohl selbst gedacht haben, ist der aus allen Teilen Deutschlands von der Arbeiterschaft und Angestelltenchaft gedrückte und berechtigende Wunsch nach Einberufung eines solchen Kongresses Tatsache geworden. Durch diesen von den freien Gewerkschaften einberufenen Kongress wird eine durchaus einwandfreie Willensäußerung der Betriebsräte aller deutschen Gauen, aller Industriegruppen und aller Berufsgruppen gewährleistet. Als Delegierte mit Stimmrecht können nur Betriebsräte gewählt werden, und zwar nur solche, welche als Mitglied einer freien Gewerkschaft die freigewerkschaftlichen Prinzipien und die sozialistische Weltanschauung anerkennen und die gewählt sind von einer Kollegenschaft, welche auf demselben Boden steht.

Die Verteilung der Delegiertenliste ist auf die einzelnen Gewerkschaften nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl bezw. ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben erfolgt. So hat man den Landarbeitern, um der Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft gerade in der heutigen Zeit gerecht zu werden, 200 Delegiertenliste und den Angestellten (Technikern, Werkmeistern, Kaufleuten, freie Berufe), welche ebenfalls im Produktionsprozeß besondere und wichtige Funktionen zu erfüllen haben, 100 Delegiertenliste zugewiesen. Da andererseits die Gesamtzahl der Delegierten, wenn alle Verbände ihre Delegation voll ausnützen, ca. 1100 beträgt, ist wiederum eine Gefahr der Majorisierung der anderen Gruppen ausgeschlossen. Durch die Verteilung der Delegiertenliste auf die einzelnen Gewerkschaften, welche ihrerseits wiederum die Verteilung auf die einzelnen Industriegruppen und Wirtschaftgebiete vornehmen, ist gewährleistet, daß alle Berufsgruppen, auch zahlenmäßig kleine Gruppen, unter allen Umständen auf dem Kongress ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sind. Die Wahlen erfolgen ausschließlich durch die Betriebsräte selbst.

Durch diese Art der Zusammenlegung des Kongresses ergibt sich ein vollkommen einwandfreies Bild, und die Beschlüsse, die auf diesem Kongress gefaßt werden, können von keiner Seite angezweifelt werden. Sie sind richtunggebend für die weitere Entwicklung der Betriebsrätebewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt. In erster Linie wird auf dem Kongress Stellung genommen werden zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands, sodann zu den politischen und ökonomischen Machverhältnissen und zur Sozialisierung. Hierin ist das gesamte Arbeitsgebiet der Betriebsräte, deren Aufgabe es ist, sich in die Wirtschaft einzuarbeiten und diese im Interesse der Allgemeinheit zu übernehmen, scharf umgrenzt. Die sich hieraus ergebenden Beschlüsse des Betriebsräte-Kongresses werden daher ebenfalls von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Betriebsrätebewegung sein. Die Schlußfolgerungen hieraus sollen dann bei Punkt 3 der vorgesehenen Tagesordnung „Die Aufgaben der Betriebsräte“ gezogen werden, und im letzten Punkt der Tagesordnung „Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte“ sollen dann die vom K. D. G. V. und der Afa herausgegebenen Richtlinien eine Sanktion erhalten unter Berücksichtigung der Änderungen, die sich eventl. aus der praktischen Erfahrung heraus für nötig erwiesen haben.

Der so zustandgekommene organisatorische Aufbau ist maßgebend für sämtliche freigewerkschaftlichen Betriebsräte und für sämtliche Mitglieder der freien Gewerkschaften. Die dadurch erzielte Einheitlichkeit des Arbeitens ist dann als ungeheurer Gewinn zu buchen. Kostbare Zeit ist bisher veräußert worden mit Streitigkeiten über die Organisationsform, Bildung besonderer Betriebsrätezentralen usw. Alle diese, die Arbeitskraft vieler Betriebsräte bisher lähmenden Auseinandersetzungen kommen dann im Wegfall. Die praktische Arbeit, die uns aus der jetzigen Wirtschaftsform heraus und unserem Ziel entgegenzuführen soll, tritt ausschließlich in den Vordergrund. Es ist daher nunmehr

Aufgabe der Betriebsräte, welche auf diesem Standpunkte stehen, im Laufe der nächsten Wochen innerhalb ihrer Gewerkschaften mit aller Energie den Boden vorzubereiten, damit zu dem Kongress nur Vertreter entsandt werden, die durch Sachkenntnis in der Lage sind, im Interesse der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestellten und damit des gesamten Volkes zu wirken.

Clemens Köppl.

Die Krise in der Holzindustrie.

Die Berliner Holzarbeiter hielten am Mittwoch in der Neuen Welt eine gemeinsame Versammlung der Generalversammlungsbeteiligten, Betriebsräte und Arbeitslosen ab. Der 2. Vorsitzende Zirkel berichtete über die Tarifmitverhandlungen, die mit einem Schiedsspruch des Tarifamtes endeten. Von den Unternehmern wurde der Schiedsspruch abgelehnt. Die Berliner Unternehmerorganisation hat die Berliner Verwaltung aufgefordert, in eine Verhandlung über die gegenwärtige Wirtschaftslage und Anpassung der Löhne einzutreten. Das hat die Verwaltung ab-

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Durch den Aufruf vom 18. d. Mts. ist der Öffentlichkeit die Einberufung des ersten freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Kongresses zum 5. Oktober bekanntgegeben. Die Zahl der Delegierten wird etwa 1100 betragen. Es ist beabsichtigt, vor

Jedem Delegierten möglichst ein gutes Logis

zu besorgen. Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die in der Lage sind, gegen entsprechende Entschädigung Delegierte vom 4.-7. Oktober aufzunehmen, werden ersucht, dieselben unter Angabe ihrer genauen Adresse und Zahl der Aufzunehmenden mit dem Vermerk: „Unterkauf“ (auf dem Briefumschlag) an die Gewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. V.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter-Verbände (Afa), Berlin SO. 16, Engelauer 15, IV, bis zum 1. September mitzuteilen.

gele hat mit der Erklärung, sie wolle nur über die Durchführung des Schiedsspruches unterhandeln. Die Ortsverwaltung forderte die Betriebsräte auf, die Löhne zu kontrollieren, auf Durchführung des Schiedsspruches zu drängen und Differenzen an das Verhandlungsbüro zu melden. Bei Abzügen soll jeder Kollege den Klageweg beschreiten.

Ueber die Lage in der Holzindustrie führte der Vorsitzende aus, daß von 40 000 Berliner Holzarbeitern rund 10 000 erwerbslos sind. Fast 7000 arbeiten nur 16 bis 24 Stunden wöchentlich, 2000 bis 30 Stunden und 4000 30 bis 40 Stunden. Vollbeschäftigt sind nur 9000, also kaum ein Viertel der Berliner Holzarbeiter. Seit dieser Feststellung der Verwaltung verschlechterte sich die Lage noch fortgesetzt.

Die Arbeitslosen haben Herabsetzung der Arbeitszeit auf 24 Stunden und Entlassung der doppelten Erfindungen in den Betrieben gefordert. Zirkel meinte, das seien aber nur Palliativmaßnahmen, die die Arbeiter nur von den wirklichen Aufgaben ablenken, die sie zu vollbringen haben. Die Organisation könne nicht überall nachspionieren, wo ein Kollege noch eine Neben-einnahme habe. Auch sonst seien die Bemühungen des Verbandes und der Gewerkschaften zur Bänderung der Arbeitslosigkeit wenig erfolgreich.

Dann referierte der Kommunist Heckerl aus Chemnitz über die Aufgaben der Arbeiter in der Krise. Mit seiner Kritik des Kapitalismus fand er den Beifall aller Versammlungsteilnehmer. Außer seinen gelegentlichen Ausfällen gegen die anderen Richtungen der Arbeiterbewegung konnte er zu einem solchen Thema nichts anderes sagen, als Rechtssozialisten und Unabhängige. Ausdrücklich erklärte er aber noch, er wisse keinen Weg, wie den Arbeitslosen jetzt aus der Not geholfen werden könne. Aber das wollten die Arbeitslosen gerade hören. Er verwies sie auf die Befreiung vom Kapitalismus, forderte zur Tat auf, zur Gründung einer neuen Organisation und Wahl von politischen Arbeiterräten. Zum Schluß wurde eine von Angehörigen der Rätezentrale der Rüststraße eingebrachte Resolution von der fast gänzlichsten Versammlung angenommen.

Verbandstage der freigewerkschaftlichen Gastwirts-gehilfenverbände.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen, der Bund der Hotels-, Restaurant- und Café-Angestellten sowie der Verband der Köche berufen für Dienstag, den 19. Oktober und folgende Tage einen außerordentlichen Verbandstag nach Erfurt ein. Gemäß der Beschlüsse des in Leipzig im April 1920 stattgefundenen Fachkongresses tagen die Verbandstage zunächst jeder für sich, um die Schlußberichte ihrer Hauptversammlungen

entgegenzunehmen und sonstig für die Auflösung jedes Verbandes nötigen Formalitäten zu erledigen. — Im unmittelbaren Anschluß an die Auflösung sollen die drei Verbände unter dem Namen: Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten als langjährige Einzelorganisation der gewerkschaftlichen Angestellten wiedererrichtet.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Am Mittwochabend fand im Reichsbereitschaftshaus in der Chausseestraße eine Versammlung der Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte statt, zu der die Mitglieder des Direktoriums und des Verwaltungsrates eingeladen, aber nicht erschienen waren. Zum ersten Punkte der Tagesordnung, „Reorganisation“, hielt Hähle vom Betriebsrat ein längeres Referat und führte darin aus, daß die seit 1913 bestehenden Systeme, auch das jetzige, sich als unvollkommen und undurchführbar erwiesen hätten. Dem Ruf des Betriebsrates, selbst ein neues System auszuarbeiten, seien sehr viele Kollegen gefolgt, und es liege sich mit Recht sagen, daß viele Arbeiten darunter waren, die vollkommen durchgeführt und als ausgezeichnet zu betrachten sind. Fast ausnahmslos sei ein Markensystem gefordert worden. Eine Kommission, die daraufhin vom Direktorium bestimmt wurde, in der drei mittlere Beamte nur sich, aber keine Stimme hätten, beschloß, ein Markensystem auszuarbeiten. In der Diskussion wurde gefordert, daß in der Kommission statt drei fünf mittlere Beamte sich und Stimme bekommen. Die Beamtenschaft erhebt auf das Mitbestimmungsrecht Anspruch.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt, „Beoldungsreform“, rollte der Vorsitzende Luchter die Vorgänge nochmals auf und zeigte deutlich, wie durch die Verschleppungspolitik des Direktoriums die Beamtenschaft in Not und dadurch begrifflicherweise in Unruhe gebracht wurde, die sich dadurch noch vergrößert hätte, daß das Disziplinarverfahren gegen Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes eröffnet wurde und auch heute noch nicht eingestellt sei. In der Diskussion wurde nochmals das reaktionäre Treiben des Direktoriums gebührend markiert und zum Schluß eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt, daß die Beamtenschaft die gegen ihren Vorsitzenden eröffneten Disziplinarverfahren als auch gegen sich selbst eröffnet ansehe und sich alle gewerkschaftlichen Maßnahmen vorbehalte.

Wie uns mitgeteilt wird, hat auch die gestern tagende Verwaltungsdiskussion abermals die Sache der Beoldungsreform bis zum 10. September zurückgestellt, ohne der Beamtenschaft auch nur eine Mitteilung zu machen.

Einigungsverhandlungen im Hamburger Verkehrsstreik.

Hamburg, 19. August. (Til.) Um den Abbruch des Hamburger Verkehrsstreiks zu beschleunigen, hat der Wirtschaftsrat seine Vermittlung angeboten, die von beiden Parteien angenommen worden ist. Die Einigungsverhandlungen sollen Sonnabend beginnen.

Der „Deer im Hause“ fällt den Betrieb. Die chemische Fabrik Colle u. Cie. in Dieblich wurde wegen Streikigkeiten der Arbeiterschaft mit der Direktion nach Bedingung des WTB geschlossen. Sämtliche Arbeiter wurden entlassen, die Beamten und Angestellten der Fabrik einstweilen beurlaubt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte, Betriebsleute und Funktionäre der Postkutscher und Speditionsarbeiter am Montag, den 23. August, abends 6 1/2 Uhr, bei Böler, Seberstr. 17: Zusammenkunft mit den Funktionären der Angestellten der Speditionsbranche. Tagesordnung: Aussprache über das gemeinsame Zusammenarbeiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Betriebsräte, Beamte und Funktionäre der Deutschen Filmgewerkschaft. Ortsgruppe Groß-Berlin. Sonnabend, den 21. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Alten Kustaner, Anhalterstr. 11: Vollerversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Betriebsrätefragen. Referenten beider Richtungen haben ihr Erscheinen zugesagt.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche Land bis Sonnabend mittag. Zeitweise anflarend, jedoch überwiegend bewölkt, mit östl. wiederholten, im Küstengebiet noch ziemlich starken Gewitterregen und weiterer Abkühlung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: S. Bepko-Hermesbach; ihr Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Dujardin
in miniature
Weinbrand.

DUJARDIN & Co. G. m. b. H. URDINGEN a. Rh.
L'AROCHELLE (COGNAC-CHARENTE-MARITIME)

M a r g a r i t e

Hochfeiner Tafelreis (Voll-Weis) Pfd. 5,-



- Dänisch. Vollfettkäse Pfd. 15,-
- Dänisch. Fettkäse " 10,-
- Holländ. Kakao " 20,-
- Viktoria Erbsen " 2,50
- Mafersflocken " 2,10

Butterhandlungen:
Loreley, Union, Ernst, Ladewig,
Otto Reichelt, J.F. Assmann